Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Berkenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Berkenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Freie Kreb. Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 4. Oktober 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 233

Helft den Hafenarbeitern in Hamburg!

Die erste Durchbruchsschlacht gegen die Rationalisierung

Ein Aufruf der Partei

Auf Grund einstimmigen Beschlusses ihrer Funktionäre und durch fast einmütigen Streikbeschluß in einer geheimen Urabstimmung sind mehr als 15 000 Hamburger Hafenarbeiter geschlossen in den Streik getreten. Der Hamburger Hafen, einer der größten der ganzen Welt,

liegt vollkommen still!

Alle Hamburger Hafenarbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, traten restlos in den Streik trotz eines verbindlich erklärten Schiedsspruches, **trotz Ablehnung der Streikfunktion durch die Verbandsinstanzen. Sie kämpfen**

für den Achtstundentag und für Lohnerhöhung.

Die staatlichen Schlichtungsbehörden haben sich auch hier nur als die reinen Organe und Büttel der Unternehmer betätigt.

Im Auftrag der Unternehmer haben die Hamburger Schlichtungsbehörden einen Schiedsspruch gefällt, der den Achtstundentag und jede Lohnerhöhung ablehnt, trotz sehr guter Konjunktur und steigender Riesengewinne des Kapitals.

Die Hafenarbeiter und unter ihrem Druck auch die Verbandsleitungen des Verkehrsbundes und des Maschinisten- und Heizerverbandes haben diesen Schiedsspruch sofort einmütig abgelehnt und für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen den Streik beschlossen.

Um diesen Streik unmöglich zu machen, hat der sich ganz als Unternehmerinstinktus fühlende Reichsarbeitsminister Brauns den Schiedsspruch durch einen Beauftragten der Regierung schleunigst für verbindlich erklären lassen.

Statt gegen diesen Raub des Streikrechtes zusammen mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf aufzunehmen und der Gewerkschaften entgegenzustellen, weicht die Gewerkschaftsleitung feige zurück und solidarisiert sich mit der kapitalistischen Staatsmacht. Sie läßt die Arbeiter in der Stunde des Kampfes elend im Stich. Sie verweigert die Streikfunktion und damit die Auszahlung der Streikunterstützung.

Arbeiter! Was beweist das Verhalten der Regierung und der reformistischen Bureaukratie?

Es beweist die völlige Solidarität zwischen dem kapitalistischen Staat und dem Unternehmertum. Es beweist, daß wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiterklasse verbunden werden müssen mit dem Kampf gegen die Koalitionspolitik, für den Sturz der bürgerlichen Macht, für die

Arbeiter- und Bauernregierung!

Proletarier! Klassengenossen! Sollen die Hamburger Hafenarbeiter isolge der Vergewaltigung durch die kapitalistische Staatsmacht und durch die Feigheit der Gewerkschaftsinstanzen ohne Streikunterstützung bleiben und ihr Kampf durch den Hunger gebrochen werden? Nein! Tausendmal nein!

Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß sich geschlossen wie ein Mann hinter die Hafenarbeiter stellen und vor allem

sofort in allen Betrieben Geldsammlungen vorzunehmen

Der Hamburger Kampf ist mehr als nur ein Streik um den Achtstundentag und Lohnerhöhung für die Hafenarbeiter.

Es ist der Kampf:

Um das Streikrecht für die gesamte deutsche Arbeiterklasse,

gegen die von der Regierung als Werkzeug der Großbourgeoisie durchgeführte Kapitalsdiktatur,

gegen den schamlosen Koalitionspakt zwischen Silverberg und Leipart.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Denkt daran, wie Ihr immer wieder durch die Schlichtungsinstanzen und Gewerkschaftsbureaukratie um Eure Rechte geprellt und um Kampf um Achtstundentag und auskömmliche Löhne gehindert wurdet.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik ist die erste Durchbruchsschlacht gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen den abgeleimten, unter dem Mantel der Gesetzlichkeit durchgeführten Raub des Streikrechts, gegen die Sabotage jedes ernsthaften Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaukratie.

Darum muß der Streik erweitert und auf alle Hafengebiete ganz Deutschlands ausgedehnt werden.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter ist Euer Kampf!

Helft mit, daß es auch Euer Sieg wird!

Darum sammelt schnell, gebt reichlich! Liefert den Hafenarbeitern Munition!

Organisiert den Abwehrkampf gegen die kapitalistische Rationalisierung auf der ganzen Linie.

Es lebe der Kampf für Achtstundentag und Lohnerhöhung!

Es lebe die Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter!

Es lebe die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse gegen die Front des Kapitals und seine reformistischen Agenten!

Es lebe der Sieg der Hafenarbeiter!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Geschlossene Fortsetzung des Kampfes – Die erste Hilfe

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 4. Oktober.

Der Streikbrecheraufruf der reformistischen Gewerkschaftsführer hat nichts genützt. Die Hafenarbeiter Hamburgs führen ihren Streik fort. Die Maschinisten und Heizer haben den Eintritt in den Streik beschlossen. Die Kohlenarbeiter verweigern jede Streikbrecherarbeit. Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

Die einstimmig gewählte Streikleitung, die zu zwei Drittel aus organisierten Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, nahm gestern Stellung zum Kampf und entschied, ihn fortzusetzen. In einem Aufruf, der Montag früh in beiden Häfen verteilt wird, verurteilt die Streikleitung aufs schärfste die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit im „Hamburger Echo" als eine Durchbrechung der freigewerkschaftlichen Disziplin und eine Störung der geschlossenen Kampffront. Im Aufruf der Streikleitung heißt es:

„Der Kampf, der mit voller Entschlossenheit und unter günstigen Bedingungen begonnen hat, wird ebenso geschlossen fortgesetzt. Hafenarbeiter, laßt Euch durch keine falsche Parole, von welcher Seite sie auch kommen möge, verwirren. Hört nur auf die Streikleitung. Am Montag darf kein Hafenarbeiter die Arbeit aufnehmen."

Die von der Ortsverwaltung des Verbandes der Maschinisten und Heizer einberufene Mitgliederversammlung der Sektion Hafen hat gegen fünf Stimmen den Eintritt in den Streik beschlossen. Eine am Sonnabendabend stattgefundene

Vollversammlung der Hafenvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei nahm eine Protestresolution gegen das „Hamburger Echo" an.

Es kam zu Entrüstungsszenen in dieser Versammlung. Die von der KPD. einberufene Massenversammlung mit der Tagesordnung: „Was bedeutet der Hamburger Streik für die deutsche Arbeiterschaft?" war von mehr als 5000 Arbeitern besucht. Hunderte fanden keinen Einlaß.

Genosse Thälmann legte in seinem Referat die Linie der Kommunistischen Partei im Hafenarbeiterstreik dar, forderte die Streikenden zum Ausharren und das gesamte Hamburger Proletariat zur Unterstützung des Streikes auf.

Eine Delegation Bremer Hafenarbeiter übermittelte die Grüße der Bremer Arbeiterschaft, die trotz der Manöver der dortigen Verbandsleitung den Kampf will. Es folgten noch Vertreter der Straßen- und Hochbahner, der Werftarbeiter, mehrere sozialdemokratische Hafenarbeiter, Vertreter der Erwerbslosen und des RFB. Die Mitteilung,

daß das ZK. der KPD. 10 000 Mark für die Unterstützung des Streikes zur Verfügung gestellt hat, löste lang anhaltende Beifallsstürme aus.

Die Versammlung schloß mit dem Gelöbnis, alles für die Fortsetzung des Streikes einzusetzen. Zahlreiche Kolonnen von Frauen der Hafenarbeiter, zusammengesetzt aus Parteilosen, Kommunisten und Angehörigen des AFMV., zogen am Sonntagvormittag in die Höfe der Arbeiterviertel und forderten von den Arbeitern die sofortige Abführung eines Stundenlohnes für die Kämpfenden.

Im Hafen Elmshorn ruht der Betrieb seit Sonntag vollständig. Die Kohlenheber-Gesellschaft (Unternehmerverband) hat an ihre Arbeiter ein Ultimatum gestellt, sie sollten sich bis Sonntag abend 10 Uhr für Streikabbruch erklären. Die Kohlenarbeiter lehnten diese Zumutung einmütig ab. Die Streikleitung hat die Arbeit zur Entlöschung und Beladung der zurzeit in Hamburg befindlichen Schiffe der russischen Sowjethandelsflotte freigegeben, weil die Stauerei-Genossenschaft sofort alle Forderungen der Hafenarbeiter bewilligte. Die Vermittlung der Arbeitskräfte für die russischen Schiffe geschieht durch die Streikleitung. Nur solche Arbeiter werden vermittelt, die bereit sind, die Hälfte ihres Lohnes zur Unterstützung der streikenden Hafenarbeiter an die Streikleitung abzuführen.

Die Arbeiterschaft muß durch sofortige großzügige Geldsammlungen den Hamburger Arbeitern das Ausharren ermöglichen, weil ihnen die Kassen der Gewerkschaften gesperrt sind.

Die Arbeiter der verschiedenen Häfen müssen darüber wachen, daß keine verkappte Streikbrecherarbeit gegen die Hamburger Hafenarbeiter verrichtet wird.

Bezahlte Streikbrecherinserate im „Hamburger Echo"

Hamburg, 4. Oktober.

Der gestrige Tag stand im Zeichen der Abwürgungsversuche der reformistischen Gewerkschaftsleitung und der SPD.-Führer. Im „Hamburger Echo" war ein bezahltes Inserat des Hafenverwaltungsvereins zur Aufnahme gelangt, welches zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte. Dies hat heftige Empörung selbst in den Reihen der Hafenvertrauensleute der SPD. ausgelöst. Eine Fraktionsversammlung dieser Hafenvertrauensleute der SPD. nahm eine Entschließung an, in der die Streikbrechertätigkeit des „Hamburger Echo" entschieden verurteilt wird. Die Arbeit im Hafen ruht vollständig. Die Stimmung ist außerordentlich gut.

Die Bunkerarbeiter beschlossen, trotz des Ultimatums der Kohlenhebe-Gesellschaft weiter zu streiken.

In Harburg wird zu 100 Prozent gestreikt.

Vorerst kein Streik in B[illegible]

Eine irreführende Abstim[illegible]

(Eig. Drahtm.) Br[illegible], 4. Oktober

Gestern fand eine zahlreiche Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter statt, die mit 579 gegen 406 Stimmen den Schiedsspruch ablehnten. 36 Stimmen waren ungültig. Dieses Resultat konnte nur deshalb zustandekommen, weil die Abstimmung irreführend war. Aehnlich wie beim Volksentscheid mußten die Abstimmenden nicht, wofür die Ja-Stimmen waren. Sie glaubten, für den Streik gestimmt zu haben, stimmten aber in Wirklichkeit für Annahme des Schiedsspruches. Dadurch wird heute weiter gearbeitet, und es ist vorläufig nicht an Streik zu denken. Der Sektionsleiter der Hafenstädte, Seifert, sagte, daß das Statut den Streik nicht zulasse, weil noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien. Die Unternehmer haben sich am Sonnabend mit dem Schlichtungsvorsitzenden in Verbindung gesetzt und haben ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln erklärt. Die Verhandlungen gehen weiter.

Gegen die arbeiterfeindliche Schiedsspruchpraxis

Interpellation der Kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat in der letzten Zeit wieder eine Reihe von Schiedssprüchen für verbindlich erklärt, deren arbeiterfeindlicher Charakter die größte Erregung in den Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hervorgerufen hat.

Durch die Verbindlichkeitserklärung des Hamburger Schiedsspruches hat der Arbeitsminister den Hamburger Hafenarbeitern die seit langem geforderte, durchaus berechtigte Lohnerhöhung brutal abgelehnt und der Hafenarbeiterschaft weiter den Neunstundentag aufdiktiert. Die Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums in der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie, dem Ruhrbergbau, dem Braunkohlenbergbau der letzten Zeit zeigen dieselbe Tendenz, den Willen der Industriellen und Unternehmer auf weitere Herabsenkung des Lebensniveaus der Arbeitermassen und weitere Steigerung des Profits (Rationalisierung) durchzudrücken.

Ist die Regierung bereit, sich vor dem Reichstag wegen dieser arbeiterfeindlichen Haltung sofort zu verantworten und den Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum Geltung zu verschaffen?

Die Kommunisten fordern Zusammentritt des Reichstags-Ueberwachungsausschusses

Wegen der Verbindlichkeitserklärung des Hamburger Schiedsspruches gegen die Hafenarbeiter und wegen der übrigen Verbindlichkeitserklärungen in der letzten Zeit durch den Reichsarbeitsminister Brauns hat die kommunistische Reichstagsfraktion bei dem Vorsitzenden des Reichstags-Ueberwachungsausschusses, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Alfred Henke, die sofortige Einberufung des Ueberwachungsausschusses gefordert.

Die Kommunisten verlangen in diesem Schreiben ferner, daß im Ueberwachungsausschuß zu dem Verhalten des Reichsarbeitsministers gegenüber den Erwerbslosen Stellung genommen wird. Schließlich verlangt die kommunistische Reichstagsfraktion das Verhalten der Reichsregierung in der Fürstenfrage als weiteren Beratungsgegenstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0001

Ein Bezirksparteitag der sozialdemokratischen Nationalsozialisten

Am gestrigen Sonntag stand Chemnitz unter dem Zeichen der übelsten Reaktion. Einerseits hatten die fünf sächsischen Gaue des **Stahlhelms** und der Wiking-Bund dort eine Kundgebung veranstaltete, auf der der Organisator der Mörderzentrale **Consul**, der Kapitänleutnant Ehrhardt, sprach, auf der anderen Seite hielt an diesem Tag die **nationalsozialistische Sektion der Sozialdemokratie** dort ihren Bezirksparteitag ab. Ueber diese letzte Tatsache berichten die „Leipziger Neueste Nachrichten" unter der Ueberschrift: **„Der Kampf um die Erhaltung des reinen Sozialismus".** In der Tat ein schöner Sozialismus, der das übelste Unternehmerorgan Sachsens zu solch begeisterter Ueberschrift hinreißt. Auf diesem Bezirksparteitag hielt Landtagspräsident **Winkler** ein Referat über das Thema: **„Der Kampf um die Macht im Staate."** Aus seiner Rede seien zwei wichtige Tatsachen vermerkt, die für jeden sozialdemokratischen Arbeiter wertvoll sind. Winkler führte aus: „Der verstorbene Reichspräsident **Ebert** hat uns, als er das letzte Mal in Dresden war, gestanden, **schwerer als die Angriffe der Bürgerlichen träfen ihn die Verleumdungen der eigenen Partei. Schmach und Schande dieser sozialistischen Partei und ihrer Presse!** Schmach und Schande insbesondere der sozialistischen Partei Sachsens, **die Ebert zu Tode gehetzt hat."**

Im Verlauf seiner Rede schildert dann Winkler, wie mustergültig die sächsische Wohlfahrtsgesetzgebung, die sächsische Erwerbslosenfürsorge und die sächsischen Schulverhältnisse seien. Selbstverständlich fehlte in der Rede Winklers nicht der Appell an die SPD., unter allen Umständen in die Große Koalition zu gehen. Ueber den organisatorischen Zustand der SPD. machte Winkler interessante Ausführungen. **Von 2 Millionen Mitgliedern im Jahre 1919 sei die SPD. auf 800 000 Mitglieder zurückgegangen.** Winkler schloß sein Referat mit dem Gelöbnis, daß **sie von Sachsen aus als Sauerteig auf die ganze Partei im Reich wirken würden.**

Nach den Ausführungen Winklers referierte der Innenminister **Müller** über die Aufgaben der **sächsischen Polizei.** Seine Ausführungen schlossen sich den Ausführungen Severings an, indem er vor allen Dingen die Polizei als ein Glied des Volkes schilderte. Im Hinblick auf den Stahlhelmtag in Chemnitz, wo der Organisator der Fememorde, Ehrhardt, sprach, führte Müller aus: **„Wenn ich den Stahlhelmtag in Chemnitz verboten hätte, so wäre das ungesetzlich gewesen."** Am Schluß seiner Rede stellte Müller fest: „Wir können mit unserer dreijährigen Arbeit zufrieden sein. (Die Bourgeoisie ist sogar sehr zufrieden.) **Ein neues Sowjet-Sachsen wird heute nur vierzehn Tage leben,** aber dann gibt es nach meiner Meinung überhaupt keine Koalition mehr, dann ist Sachsen ausgestrichen. Ich bin Unitarier und wünsche ein einheitliches Reich, aber solange es ein Bayern, ein Württemberg, ein Baden gibt, soll uns auch Sachsen erhalten bleiben.

Die Reden von Winkler und Müller beweisen klar, daß diese Lakaien der Bourgeoisie wissen, wie starke Kräfte sie innerhalb der SPD. des Reiches haben, die genau auf demselben politischen Boden stehen, wie sie selbst. Sie wissen auch, daß einmal die Stunde innerhalb der SPD. kommt, kommen muß, wo die **große Scheidung der Geister vor sich geht,** wo die sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Führer aufstehen werden, um diese Renegaten endgültig abzuschütteln. Die Glorifizierung Eberts im Munde von Winkler und die Bemerkung, daß die eigene Partei Ebert in den Tod gehetzt habe, ist ein Zeichen dafür, daß diese Renegaten Ebert vollkommen richtig als einen der Ihren einschätzen. Ueber die Vortrefflichkeit der eigenen Politik gegenüber den Werktätigen in Sachsen mögen die Werktätigen Sachsens selber urteilen. Wir sind der Meinung, daß die Erwerbslosen verflucht wenig von dieser vortrefflichen Erwerbslosenfürsorge gespürt haben. Die letzte Bemerkung des Innenministers Müller beweist, daß dieser Konterrevolutionär genau dasselbe Experiment wie 1923 durchführen will, wenn die sächsischen Wahlen gegen die Politik der 23 Renegaten gesprochen haben. Diese Drohung mit einem neuen Sacheneinmarsch der Reichswehr mögen sich alle Arbeiter merken und umso fester die Einheitsfront schließen gegen die offenen Provokateure des Proletariats und jene, die sich durch solche Drohungen einschüchtern lassen.

Ostpreußische Zuchthäuser

Grauenhafte Zustände, fehlende hygienische Einrichtungen, mittelalterlicher Strafvollzug

Vom Genossen Gustav Menzel

Aus **Wartenburg** in Ostpreußen kommt die Schreckensnachricht, daß die im dortigen Zuchthaus inhaftierten Gefangenen einen **Verzweiflungsausbruch** unternommen und gemeutert haben. Schutzpolizei von außerhalb mußte zur Niederschlagung des Aufstandes aufgeboten werden. Dem Kenner der Wartenburger Verhältnisse kommt diese Kunde nicht überraschend. Unterzeichneter war Mitglied einer achtgliedrigen Kommission des Rechtsausschusses des Preußischen Landtages, welche am 14. September die ost- und westpreußischen Strafanstalten einer Besichtigung unterzog. **Von jeder Partei war ein Vertreter anwesend.** Und ich glaube, wohl ein jeder war über die Zustände, welche wir vorfanden, **erschüttert.** Viele Briefe, Klagen und Beschwerden hatten den Anstoß zu dieser Besichtigungsreise gegeben.

Die Inneneinrichtung macht einen geradezu furchtbaren Eindruck. Keine Wasserleitung, keine Kanalisation. Die Gefangenen müssen ihre **Notdurft tagsüber in den Zellen in unverschlossenen Kübeln verrichten.** Diese Kübel werden jeden Morgen in einen Kastenwagen geleert, was nicht nur die Anstalt, sondern die ganze Gegend verpestet. Trotzdem die Stadt Wasserleitung hat, ist die Anstalt daran nicht angeschlossen. Wir sahen viele Gefangene, die ein großes Schwungrad drehten, denen der Schweiß am Körper herunterlief. Ein Ofen zum Trocknen der Hemden war in diesem Raum vorhanden und bewirkte, daß die Schweißabsonderung der Gefangenen noch größer wurde. Die Beleuchtung besteht in kleinen Petroleumlampen. Die Anstalt ist so gelegen, daß selbst **am Tage alles im Halbdunkel liegt.**

Unter dem Dach sind die **Schlafsäle** eingerichtet, welche **unheizbar** sind, so daß im Sommer die Menschen vor Hitze und im Winter vor Kälte nicht in Schlaf kommen können, weil es zum Bedecken des Körpers **nur drei dünne zerschlissene Decken gibt.** Bei Ausbruch eines Feuers ist die Katastrophe gar nicht auszudenken. Meutereien sind an der Tagesordnung trotz furchtbarer Strafen. Einige Gefangene machten mir Mitteilung, daß sie im Jahre 1923 mit drei Mann zusammen Streit mit einem Aufseher gehabt hätten und, da es drei Mann waren, wird dies als schwere Meuterei angesehen und jeder von ihnen bekam 5 Jahre Zuchthaus. Einer davon hatte nur noch ein halbes Jahr abzubüßen und es ist wohl zu glauben, daß der Mann an Meuterei nicht gedacht hat. Ueber **Mißhandlungen** werden **die furchtbarsten Angaben gemacht.** Die Arrestzellen liegen im Keller und haben in den kleinen Zellen selbst noch einen Käfig aus fast armdicken Eisenstangen, worin der Gefangene in seiner Bewegung sehr gehindert ist. Diese Arrestzellen waren überfüllt, so daß andere Zellen zum Verbüßen von Disziplinarstrafen eingerichtet worden waren. **Die Fesselung der Gefangenen** ist eine geradezu entsetzliche. In ein schweres Eisen, zirka einen halben Meter lang, werden die Hände eingespannt; eine Kette, welche weit stärker ist als die, woran die Bauern ihre Kühe und Ochsen in den Ställen anschließen, endet mit Fußschellen. Die Qual, in einem solchen kleinen Löwenkäfig wochenlang eingeschlossen zu sitzen, muß einen Menschen zur Verzweiflung treiben. Ein alter erfahrener Strafanstaltsdirektor versicherte mir einmal: **Sechs Wochen in einer solchen Fesselung bedeutet für den Gefangenen den Tod.** Die meisten der Delinquenten hatten die höchste Disziplinarstrafe, vier Wochen Arrest. In dem Hamburger Zuchthaus Fuhlsbüttel hat man diese Marterinstrumente an das Zuchthaus-Museum abgegeben. Als ich bei einem Besuch einmal den Direktor **Koch** fragte, warum man das getan hätte, brach der Herr in helles Lachen aus und meinte: **Mit solchen Marterinstrumenten können Sie keinen Menschen bessern, die sind im Museum am besten aufgehoben.** Dabei muß man bedenken, daß in dem Hamburger Zuchthaus eine wildzusammengewürfelte Gesellschaft aus aller Herren Länder sitzt. Das Furchtbarste dabei ist, daß in solchen wie oben geschilderten Anstalten wie Wartenburg und Insterburg **auch politische Gefangene sich befinden,** selbst solche, denen vom Reichsgericht die Ueberzeugungstäterschaft zugesprochen war.

Ein Sturm der Entrüstung muß sich dagegen erheben und den dortigen Zuständen so schnell wie möglich ein Ende bereiten.

Die eiserne Internationale

Zur Bildung des kontinentalen Stahltrusts

Die Schrittmacher für die Bildung des internationalen Eisenpaktes waren die deutschen Eisenmagnaten. Sie hatten sich bereits Ende 1924 straffer als in der Vorkriegszeit in nationalen Kartellen und Syndikaten zusammengeschlossen und waren die aktivsten Förderer eines internationalen Eisenabkommens. Der internationale Eisenpakt bezweckt zunächst: Hochhaltung der Preise. Auf welche Art werden sich in Zukunft die Eisenindustriellen eine Hochhaltung der Preise gewährleisten? Das einfachste Mittel ist: die Beschränkung der Produktion. Allmonatlich wird von den Vertretern der Eisenindustriellen jener Länder eine bestimmte Produktionsmenge festgesetzt. Diese Gesamtproduktion wird auf die einzelnen Länder entsprechend den in Brüssel festgesetzten Quoten aufgeteilt werden. Hierbei fallen auf die Industrien der einzelnen Länder:

Deutschland	40	Prozent der Gesamtproduktion
Frankreich	30	„ „ „
Belgien	12	„ „ „
Luxemburg	8	„ „ „
Saargebiet	6	„ „ „

Die internationale Produktionsbeschränkung wird die deutsche Industrie in besonderem Maße treffen. Denn als Basis für die Quotenaufstellung wurde die Produktion des ersten Quartals 1926 angenommen. Hierdurch ist für die französische Industrie eine 95—100prozentige Ausnutzung der Produktionsanlagen, für die deutsche Industrie dagegen nur rund eine 75—80prozentige Ausnutzung der Produktionskapazität zugrunde gelegt. In Deutschland sind jetzt von 208 Hochöfen nur 85 in Betrieb, in Frankreich sind dagegen von 217 Hochöfen 152 in Betrieb. Die deutschen Eisenindustriellen waren trotzdem für den Pakt, weil ihnen aus der Durchsetzung noch höherer Wucherpreise größere Profite winken. Sie willigen deswegen gern in eine relativ stärkere Beschränkung ihrer Produktion, damit auch in einen weiteren Arbeiterabbau ein. Sie werden nunmehr auf dem deutschen Markt eine absolute Monopolherrschaft haben; denn die den französischen Industriellen zugestandene Einfuhr französischen Eisens nach Deutschland darf nur durch die deutschen Eisensyndikate verkauft werden, so daß jegliche Konkurrenz ausgeschaltet ist. Die Eisenmagnaten festigen so gleichzeitig ihre Stellung gegenüber der eisenverarbeitenden Industrie, welche, soweit sie nicht mit den eisenerzeugenden Werken vertrustet ist, höhere Eisenpreise zu bezahlen hat. Die eisenverarbeitenden Industriellen werden dies natürlich weitgehendst in die Preise der Fertigprodukte einrechnen und so auch die Verbrauchswaren der Massen verteuern.

Der „Vorwärts" spricht von der „Gefahr eines Preismonopols". „Jede unnötige Heraufsetzung oder Hochhaltung der Rohstoffpreise bedeutet die Freisetzung großer Arbeitermassen." Nun, der Eisenpakt ist gerade gebildet worden, um die Preise international hochhalten zu können. Dies soll nicht nur durch die Beschränkung der Produktion, sondern auch durch die besondere Bildung einer „Ausgleichskasse" geschehen. Von den Industriellen der einzelnen Länder ist in eine gemeinsame Kartellkasse für jede Tonne zugestandener Stahlproduktion ein Dollar einzuzahlen. Soweit ein Eisenindustrieller die ihm zugestandene Produktion überschreitet, werden ihm vier Dollar je Tonne der überschrittenen Produktion in Abzug gebracht. Hierdurch wird erreicht, daß der Stahlpreis bis zu vier Dollar die Tonne steigen wird.

Der „Vorwärts" verlangt u. a. als Mittel gegen die Preiserhöhung Abbau der Eisenzölle. Die Eisenindustriellen, die unter dem Schutz der Zölle seit langem eine unerhörte Wucherpolitik treiben können, können aber nunmehr ihre Preise in Deutschland selbst über die Schutzzölle hinaus steigern, weil ja durch das Brüsseler Kartellabkommen die Konkurrenz in Deutschland völlig ausgeschaltet ist!

Der Eisenpakt kündigt das aktive Eintreten des deutschen Kapitalismus in neue imperialistische Mächtegruppierungen an. Während in Deutschland, Frankreich usw. durch Hochhaltung der Preise besonders hohe Profite erzielt werden sollen, wird der europäische Eisenblock versuchen, auf dem Weltmarkt durch weitgehende Dumping-Politik, Verkauf zu niedrigeren Preisen, die englische Konkurrenz und vor allem auch die amerikanische aus dem Felde zu schlagen.

Diese Einheitsfront des Stahlkapitals wird sich nicht nur gegen die amerikanische und englische Konkurrenz richten und gleichzeitig gegenüber der Sowjetunion eine Einheitsfront herstellen, so [illegible] Gefahr neuer imperialistischer Kriege heraufbeschwören, — die internationale Einheitsfront der Stahlindustriellen bedroht unmittelbar auch die in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter. Es wird keinen Streik in der Stahlindustrie mehr geben, bei dem die ausländische Stahlkonkurrenz durch verstärkte Einfuhr den vom Streik betroffenen Industriellen in den Rücken fallen und ihnen den Absatzmarkt streitig machen wird. Im Gegenteil, die vom Streik betroffenen Industrielle werden auch finanziell unterstützt werden. Denn aus jener „Ausgleichskasse" werden je Tonne des nicht ausgenützten Produktionsanteiles zwei Dollar Entschädigung gezahlt, so daß den Eisenindustriellen bei einem Streik durch die Ausgleichskasse finanziell gegenüber den Arbeitern der Rücken gesteift wird.

So bedroht das internationale Eisenkartell unmittelbar die Löhne und Arbeitszeit der in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter, darüber hinaus aber durch weitere Verteuerung der Lebenshaltung die gesamten Konsumentenmassen.

Die Stahlmagnaten hoffen, dank ihrer internationalen Einheitsfront und gegenseitigen finanziellen Unterstützung jeglichen isolierten Abwehrkampf der Arbeiterschaft abwehren zu können. Und hiergegen hilft keine „staatliche Kartellkontrolle", die der „Vorwärts" als Abwehr der neuen Kartellgefahren fordert. Die „staatliche Kartellkontrolle", ausgeübt von einer Regierung, die in erster Linie die Interessen der Schwerindustriellen wahrzunehmen hat, wird niemals die neuen Kartellgefahren für die Arbeiterschaft abwehren. Hiergegen hilft nur, der geeinigten Front der europäischen Stahlmagnaten ebenfalls die geeinigte Kampffront, die internationale Gewerkschaftseinheit der Arbeiterschaft gegenüberzustellen und die neuen Pläne der Eisenherren durch die gemeinsame rote Front abzuwehren.

Max Hoelz im Hungerstreik!

Am 1. Oktober ist Max Hoelz in den Hungerstreik eingetreten. Seine bescheidenen Forderungen auf Zuziehung eines Privatarztes (wegen rheumatischer Leiden und Haarerkrankung) und auf Gebrauch des Schwitzkastens zur Linderung seines Leidens, ebenso seine Beschwerde wegen schlechten Essens sind zurückgewiesen worden.

Jürgens — der brutale Kommunistenverfolger und Versicherungsschwindler — genießt alle Vergünstigungen, Fememörder werden freigelassen, die proletarischen politischen Gefangenen aber sollen zermürbt werden.

Unterstützt Max Hoelz' Kampf gegen die Zuchthaus- und Justizschikane.

Fordert die Erfüllung seiner Anträge, -- fordert das Wiederaufnahmeverfahren!

Heraus mit Max Hoelz! Freiheit für alle proletarischen politischen Gefangenen!

Immer noch keine Abnahme der Typhusepidemie in Hannover

165 Tote

Im Laufe des Sonnabends sind 28 Neuerkrankte in den hannoverschen Krankenhäusern aufgenommen worden. Zur Entlassung kamen 16 Personen, so daß sich die Zahl der Erkrankten auf 1721 stellt. Im Verlauf des Freitag bis Sonnabend sind 15 Personen gestorben. Die Zahl der Toten beträgt bis jetzt 165.

Ein zweites Zensur-Gesetz

Durchpeitschung beider Zensurgesetze Anfang November geplant

Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für Jugendpflege, **Kube,** lädt die Ausschußmitglieder vorzeitig zum 27. Oktober zu einer Sitzung ein, damit noch vor Zusammentritt des Reichstagsplenums das **„Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten"** seine endgültige Fassung erhalten kann. Im Einvernehmen mit dem Innenminister **Külz** und dem Reichstagspräsidenten **Loebe** sollen dann beide Zensurgesetze, das „Schund- und Schmutzgesetz" sowie das „Lustbarkeitsgesetz" unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstags Anfang November **zur Verhandlung und Verabschiedung kommen.** Die Reichsregierung drängt darauf, daß beide Zensurgesetze noch im November dieses Jahres in Kraft treten.

Das Gesetz zum „Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten" ist ein Parallelgesetz zum Schund- und Schmutzgesetz. Während das Schund- und Schmutzgesetz den Kampf zur Vernichtung der proletarischen Literatur führen soll, hat das „Lustbarkeitsgesetz" — es segelt auch unter falscher Flagge — die Aufgabe, proletarisch-revolutionäre Darbietungen aller Art, rote Rummel, revolutionäre Kunstabende usw., unter der Firma „Schund und Schmutz" für Jugendliche unter 18 Jahren zu verbieten. Nach außen erklären die Urheber und Anhänger des Gesetzes natürlich, daß es sich nur gegen die Auswüchse auf Rummelplätzen und sonstige unzweifelhaft schmutzige Darbietungen richte. **Mit dem Verbot des Kunstabends** des berühmten russischen Geigenkünstlers **Sörmus** in Bayern wird trotz aller gegenteiligen Beteuerungen bewiesen, **welchen Zweck auch das neue Gesetz in Wahrheit verfolgt.**

Wie beim Schund- und Schmutzgesetz lehnt man beim Lustbarkeitsgesetz eine **genaue Erklärung** für den Begriff „Schund und Schmutz" ab. Es heißt nur, der Besuch und die Beschäftigung Minderjähriger unter 18 Jahren sei zu verbieten, **„wenn eine Schädigung ihrer sittlichen, geistigen oder gesundheitlichen Entwicklung zu befürchten".** In diesem zweiten Zensurgesetz ist nicht einmal der Schein der Mitwirkung von „Sachverständigen Kunstvertretern" usw. aufrechterhalten. **Die Polizei hat zu entscheiden, was „sittlich gefährlich" ist.** Jedes Polizeigehirn wird zum Sittenrichter gemacht. Die Bestimmung, daß die Darstellung wegen einer politischen, sozialen, religiösen oder Weltanschauungstendenz als solcher nicht verboten werden kann, bedeutet, wie das Filmgesetz beweist („Potemkin!") **keinerlei Schutz.** Mit Hilfe der Gesetzesbestimmungen kann jede Darbietung und sogar Versammlungen (Sprechchöre usw.) des Kommunistischen Jugendverbandes, des Jung-Spartakus-Bundes und auch anderer Jugendorganisationen unmöglich gemacht werden. Sogar revolutionäre Darbietungen der Partei, in denen jugendliche Rollen vorkommen, können mit Hilfe des Lustbarkeitsgesetzes verboten werden. Dazu kommt, daß im Falle der Uebertretung des Gesetzes, dem Veranstalter (etwa die Partei oder proletarische Kunst- und Kulturorganisationen) jede Darbietung, auch für Erwachsene, untersagt werden kann. In diesem Zusammenhang richtet sich das Gesetz nicht nur gegen Lustbarkeiten, sondern auch gegen Veranstaltungen ernster Art, soweit sie nur revolutionär sind.

Das ausführende Organ ist die Polizeibehörde. Das **Jugendamt** allerdings ist vor dem Verbot **„anzuhören".** „In dringenden Fällen", d. h. wenn Jugendämter nicht im Sinne der Polizei zusammengesetzt sein sollten, braucht auch das Jugendamt nicht angehört werden. Die Polizei hat demzufolge volle Freiheit, Darbietungen zu verbieten. Ein Verbot einer Polizeibehörde gilt natürlich für das ganze Reich, die Entscheidung etwa der Miesbacher Polizei gilt auch für Berlin. Um das Gesetz durchführen zu können, muß die Polizei von jeder geplanten Darbietung vorher informiert werden. **Die Polizei wird eine Probevorführung verlangen und die Zensur ausüben.**

Das gesamte Proletariat muß dem Gesetz gegenüber die schärfste Kampfstellung einnehmen. Die Tatsache, daß die beiden Zensurgesetze sofort bei Reichstagszusammentritt durchgepeitscht werden sollen, erfordert **schnellste Mobilisierung der Massen gegen die neuen reaktionären Pläne der Bourgeoisie.** Die Partei muß dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen ihre Führer zum Kampf und evtl. zur Obstruktion zwingen, **zumal der sozialdemokratische Abgeordnete Biester, der Führer der SPD.-Fraktion im Jugendausschuß des Reichstages begeisterter Anhänger des Lustbarkeitsgesetzes ist.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Die Funktionäre des DMV. Halle lehnen den gefällten Schiedsspruch ab

Vor einer gut besuchten Funktionärversammlung am Freitag, dem 1. Oktober, im „Volkspark" erstattete Kollege Lüttich Bericht über die Lohnverhandlungen. Die Industriellen hatten vor dem Schlichtungsausschuß zuerst Lohnabbau verlangt, dann, als die Gewerkschaftsvertreter darauf nicht eingingen, Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens bis zum Dezember 1927. Als sie aber hinter kam, daß die Metallarbeiter Mitteldeutschlands auch es nicht so ohne weiteres hinnehmen würden, ließen sie weiter mit sich handeln und gingen bis zum Oktober 1927 zurück. Als der Schlichter, Professor Jürgens, dann einen Vorschlag machte, das Lohnabkommen bis März 1927 zu verlängern, stimmten sie für.

Aus dieser Haltung der Industriellen geht hervor, daß die Lage der Metallindustrie keine so trostlose mehr ist, als in den Verhandlungen von seiten der Unternehmer zum Ausdruck kam. Die Lohnkommission des DMV. hatte sich aus verschiedenen Erwägungen trotzdem für Annahme des Spruches erklärt, die Ortsverwaltung aber lehnte denselben in ihrer Mehrheit ab.

In der Diskussion forderte der Kollege Schubert von den Gewerkschaftsführern mehr Aktivität und nicht, wie sie es getan, so ohne weiteres dem zuzustimmen, was vom Schlichtungsausschuß kommt. Er geht auf die Erregung der Arbeiterschaft in den Betrieben über die großen Lohnunterschiede zwischen Gelernten und ungelernten Arbeitern ein und fordert Abstellung dieser Mißstände.

Kollege Berger begründet die ablehnende Stellung der Ortsverwaltung und skizziert die unternehmerfreundliche Stellung der staatlichen Schlichtungsinstanzen, und wie sich die Arbeiterschaft gegen dieselben einstellen muß. An Hand der Verhandlungen der Hamburger Hafenarbeiter zeigte er auf, daß in den Schlichtungsausschüssen die reaktionäre Politik der Reichsregierung ausschlaggebend ist. Von den Gewerkschaftsspitzen ist zu verlangen, daß sie in der Konzentration des Kapitals ihre Schlüsse ziehen und ein kampfbündnis der größten und wichtigsten Organisation herbeiführen. Zum Schluß bringt Kollege B. eine zusammenfassende Resolution ein, die dann mit 111 gegen 6 Stimmen angenommen wird.

Kollege Lüttich weist auf die Verantwortung der Funktionäre hin, die sie und die gesamte Metallarbeiterschaft, Betriebsräte wie Vertrauensleute, in dieser Situation haben. (Siehe Aufruf der Ortsverwaltung im Sonnabend-„Klassenkampf".) Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die heute am 1. Oktober tagende Funktionärsitzung des DMV. Halle lehnt den vom hallischen Schlichtungsausschuß am 28. September für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällten Schiedsspruch ab. Die versammelten Funktionäre wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Praktiken der staatlichen Schlichtungsausschüsse, die einseitig die Unternehmerinteressen vertreten. Bei den Verhandlungen, die am 30. September in Hamburg zu den Forderungen der Hafenarbeiter stattfanden, ist es mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Trotzdem die Arbeitgeber in letzter Stunde bereit waren, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen, hat der Beauftragte der Regierung eine Erhöhung der Grundlöhne abgelehnt mit der Begründung, daß ein solcher Schiedsspruch für die ganze Lohnpolitik der deutschen Wirtschaft weittragende Konsequenzen auslösen müßte.

In allen Industrien zeigt sich, daß die Arbeiterschaft in den jetzigen Hungerlöhnen Schluß machen will. Die hallischen Metallarbeiter sprechen den Kämpfenden ihre vollsten Sympathien aus.

Vom Hauptvorstand des DMV. sowie vom Bundesvorstand des ADGB. verlangen die Funktionäre des DMV. Halle, daß alle Mittel und Methoden angewendet werden zur Zusammenfassung aller sich in Lohnbewegungen befindlichen Industriegruppen und daß endlich der Frage des Kampfbündnisse der großen Organisationen: Metall — Bergbau — Chemie und Verkehr nähergetreten wird.

Der Arbeiterschaft rufen wir zu: Hinein in die Organisation! Der letzte Mann in die Gewerkschaft! Schaffet die Voraussetzungen für die siegreichen Kämpfe des Proletariats!"

Lohn- und Arbeitszeit in der nordwestlichen Metallindustrie

Zum Lohn- und Arbeitszeitkampf in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie veröffentlicht der Bezirkssekretär des DMV. Essen, Karl Wolf, in der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 25. September interessantes Material über **die Lage der Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe.** Das Material verdient der gesamten Arbeiterschaft zugänglich gemacht zu werden, ist es doch eine Anklage gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer selbst, die in der kapitalistischen Rationalisierung eine Voraussetzung für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse sehen und an dem amerikanischen „Rationalisierungswunder" beneben die indische Fakire an ihren religiösen Ideen. Karl Wolf bemerkt: **„Eine fünffach verschiedene Arbeitszeit** ist in Kraft.

1. Hochofenarbeiter, soweit sie unter die Verordnung vom 1. Januar 1925 und die Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1925 fallen, haben achtstündige Arbeitszeit. **Die Zahl dieser Glücklichen ist jedoch außerordentlich gering.** Es sollen nur diejenigen sein, die unmittelbar am Hochofen beschäftigt sind, das ist nur etwa ein Drittel der Hochofenarbeiter.

2. Die nächste Gruppe bilden die übrigen Arbeiter am Hochofen, wie Eisenfahrer, Schlackenfahrer, Apparatewärter, Gebläsemaschinisten usw., die immer noch die zweifache Schicht verfahren, das heißt zweistündige Anwesenheit. Es soll ihnen zwar eine zweistündige Pause gewährt werden. Diese kann der Arbeiter aber nur dann erhalten, wenn sein Nebenmann ihn vertritt. **Eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden** und mehr ist zu verzeichnen.

3. Dann kommen die Stahl- und Walzwerksarbeiter mit einer wöchentlichen durchschnittlichen **Arbeitszeit von 59 Stunden.** Die Arbeitszeit beginnt Montags früh 6 Uhr und endet für die Tagesschicht Sonnabends mittags 2½ Uhr, für die Nachtschicht Sonntags früh 2½ Uhr. Wohnen Arbeiter dieser Betriebe weitab, so haben sie keine andere Wahl als bis **Sonntags früh zu den ersten Zügen im Betrieb zu bleiben,** wodurch sie gezwungen sind, ihre Arbeitszeit verlängern.

4. Eine andere Gruppe stellen die **Ofenleute der Martinwerke dar,** die bereits Sonntags abends ihre Schicht beginnen müssen, um die Vorbereitungsarbeiten zu leisten. Von diesen wird eine **wöchentliche Arbeitszeit bis 68 Stunden** verlangt.

5. Die fünfte Gruppe sind die Arbeiter der weiterverarbeitenden Betriebe, Maschinenfabriken, Gießereien usw. mit einer **56stündigen Arbeitswoche."**

Ueber die Auswirkungen der Rationalisierung berichtet Karl Wolf: „. . . . **ein großes Hüttenwerk, das im Juli 1925 mit 13 250** Arbeitern 93 960 Tonnen erzeugte, und im Juli 1926 aber mit 12 950 Mann 125 100 Tonnen. **Also ein Abbau der Belegschaft um 300 Mann oder 17 Prozent und dabei eine Ertragssteigerung von 30 Prozent."**

Ueber die **Lohnverhältnisse** erfahren wir daß im Juni 1925 die Löhne der Facharbeiter von 66 auf 70 Pfennig und die der Hilfsarbeiter von 52 auf 55 Pfennig durch Schiedsspruch erhöht wurden. Diese minimale Lohnerhöhung beantworteten die Unternehmer mit einer Verminderung der Belegschaft um fünf Prozent. „Im Februar und März 1926 begannen die **Massenentlassungen** und **Stillegungen.** Dieser Druck wurde außerdem noch verschärft durch **Kürzung der Akkorde und Prämiensätze von 10 bis 30 v. H.**

Die **Unfallhäufigkeit,** in der nur die zur Anzeige gelangten Unfälle aufgenommen werden, zeigt folgendes Bild:

Sektion Essen. Die Zahl der Belegschaften **verminderte** sich von 45 491 im Jahre 1921 auf 29 720 im Jahre 1925. Die **Verminderung** der Belegschaftsziffer, die **Verschärfung der Ausbeutungsmethoden** hatte die **Erhöhung** der Unfallziffer zur Folge. Im Jahre 1921 kamen 87,2 Unfälle auf 1000 Arbeiter, im Jahre 1925 dagegen 117,4 Unfälle.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Sektionen Oberhausen, Düsseldorf, Dortmund und Bochum. Wir greifen noch einen besonders drastischen Fall heraus: In der **Sektion Bochum** betrug die Belegschaftsziffer im Jahre 1922 **38 754,** im Jahre 1925 **25 707.** Die **Zahl der Unfälle** erhöhte sich in denselben Jahren von 3413 auf 4667, pro tausend Arbeiter von 92,86 auf 181,5, also **eine Steigerung der Unfallsquote um glatt 100 Prozent.**

„Die **unmenschliche Wühlerei** bringt auch einen Lohnvorteil für den Arbeiter. Er ist aber angesichts der erheblich höheren Leistung so **gering,** daß man, gemessen an der Schädigung der Gesundheit, aber **von einem Nachteil sprechen muß.** Der Facharbeiterlohn beträgt 70 Pfennig. Die nicht in Akkord arbeitenden Leute erhalten dazu Zuschläge von höchstens 10 bis 12 Pfennig, also insgesamt 80 bis 82 Pfennig. Die in Akkord arbeitenden Leute, die Mehrzahl, kommen bei angestrengtester Tätigkeit durchschnittlich bis auf 84,2 Pfennig. Ist das bei einer Geldentwertung von über 40 Prozent eine Entlohnung für einen gelernten Facharbeiter?"

Die Forderungen der Gewerkschaften in der nordwestlichen Gruppe sind:

1. **Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und der dreigeteilten Schicht für die Hütten- und Walzwerksbetriebe.**
2. **Eine Erhöhung des Verdienstes um 15 Prozent.**
3. **Notwendige Aenderungen der Akkordgrundlagen und Prämiensätze sind mit den vertragschließenden Gewerkschaften zu regeln.**

Die Erwerbslosen nehmen Stellung zur Bezirkskonferenz

Vorbereitung des Reichskongresses und des Kongresses der Werktätigen

Folgende erste Berichte über die Stellungnahme zur Bezirkserwerbslosenkonferenz am 26. September in Halle sind uns bisher zugegangen:

In Eilenburg fand am 29. September eine Erwerbslosenversammlung statt, die leider nicht so besucht war, wie es die heutige Lage erfordert. Genosse Berger (Halle) gab Bericht von der Bezirkserwerbslosenkonferenz und wies die schlechte Lage der Erwerbslosen an Hand von Beispielen treffend nach. Er gab Fingerzeige, wie dem abzuhelfen werden kann.

Genosse Schirmer machte ergänzende Ausführungen in bezug auf Zusammenarbeiten mit den Werktätigen und empfahl, daß die Erwerbslosen einen Delegierten ins Kartell senden, um so eine möglichst enge Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es sprachen noch mehrere Kollegen, so daß die Versammlung sehr rege war. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 29. September 1926 stattgefundene Erwerbslosenversammlung in Eilenburg begrüßt die Beschlüsse der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz und gelobt, den Bezirks-Ausschuß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Sie macht sich zu eigen die gemeinsamen Forderungen, die auf der Konferenz beschlossen wurden. Sie begrüßt die Organisierung des Reichskongresses der Erwerbslosen, ebenso die des Kongresses der Werktätigen.

Für die Einheitsfront zwischen Arbeitslosen und Betriebstätigen!

Für die Einheit aller Werktätigen.

*

An demselben Tage fand eine Erwerbslosenversammlung im „Schützenhaus" in Zeitz statt, wo Kollege Lenke den Bericht gab. Kollege Nicodemus wies bei Eröffnung der Versammlung darauf hin, daß es unsere eigene Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß wir Arbeit und Brot erhalten und daß dieses nur durch schärfsten Kampf gegen die heutige Gesellschaft zu erreichen ist. Kollege Lenke ging nochmals ausführlich auf das Blutbad von Breslau ein und zeigte deutlich den Kuhhandel der Leipart und Silberberg auf. Die Erwerbslosen müssen sich fest zusammenschließen und Hand in Hand mit den Kollegen in den Betrieben den Kampf aufnehmen.

In der Diskussion ging Kollege Nicodemus auf die Notlage der Jugendlichen ein, sowie auf den englischen Bergarbeiterkampf. An Hand der örtlichen Verhältnisse wies er nach, wie der Magistrat und die SPD.-Bürokratie in Zeitz kein Interesse an den Erwerbslosen haben. Dann wurde ein ganz besonders krasser Fall vorgebracht, der ein Beweis dafür ist, wie die so viel gepriesene Wohlfahrtspflege des Zeitzer Magistrats (SPD.-Mehrheit!) aussieht.

Eine Frau, die vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde, trug um Unterstützung an. Es wurde ihr aber alles verweigert; man verwies sie ins Obdachlosenasyl, was sie abwies, da sie keine Lust hatte, in ein zweites Gefängnis zu gehen. In ihrer Notlage wandte sie sich an die Gewerkschaften um Rat, aber siehe da, Müller-Paul erklärte: „Geh doch wieder dorthin, wo Du hergekommen bist". Als sich die Frau derartige Redensarten verbat, wurde er noch mehr ausfällig. Schaff wurde das Verhalten von Müller angeprangert. Zum Schluß wurde auf die demnächst erscheinende Erwerbslosenzeitung hingewiesen, an der die Kollegen selbst mitarbeiten sollen.

Die erwerbslosen Angestellten für Verbindung mit der Arbeiterschaft

Am Donnerstag wiesen wir im Betriebsteil unserer Zeitung im Anschluß an einen Versammlungsbericht der erwerbslosen Angestellten in Halle darauf hin, daß **Arbeiter und Angestellte im Kampfe um die Sicherung ihrer Existenz unbedingt zusammengehören.** Erfreulicherweise können wir heute berichten, daß in der am Freitagvormittag stattgefundenen Versammlung die erwerbslosen Angestellten auf dieser Linie bereits Stellung genommen haben. Ein Kollege berichtete dort aus eigener Ansicht über die Selbhilfe der Angestellten in Leipzig, die in Verbindung mit den erwerbslosen Arbeitern und mit den Gewerkschaften die Beschaffung von Lebensmitteln und Kohle organisiert hätten und die, speziell unter der Initiative eines Kollegen, **erreichten, daß die erwerbslosen Angestellten Scheid- und Kartoffelkarten auf den Arbeitsnachweisen nicht als Pflicht-, sondern als Notstandsarbeiten machen.**

Die Versammlung beschloß, in Halle beim Magistrat und anderen Körperschaften wegen Räumen und Krediten zur Beschaffung und zum Verkauf von Lebensmitteln vorstellig zu werden und zur nächsten Versammlung, wieder am Freitagvormittag, **auch Gewerkschaften und den Erwerbslosenausschuß der Arbeiterschaft zu laden.**

Gegen die Doppelverdiener, insbesondere solche, die mehrere gewinnbringende Stellen einnehmen, wurde heftig Stellung genommen.

Wir kommen auf die einzelnen Vorschläge in der Versammlung — insbesondere auf die sehr zweischneidige des eigenen Lebensmittelverkaufes — noch zurück.

SPD.-Anträge in der hallischen Stadtverordnetenversammlung eine Wirkung der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz?

Die hallische SPD.-Fraktion hat in der letzten Stadtverordnetensitzung Anträge für die Erwerbslosen eingebracht, die bisher, als nämlich die Kommunisten sie stellten, zum größten Teil von der SPD. als „Agitationsanträge" verlesumdet und abgetan wurden. Jetzt forderte die SPD.-Fraktion **50 Prozent Unterstützungserhöhung, Zahlung der Unterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit und Aufhebung der Bestimmungen über Pflichtarbeit und Bedürftigkeitsklausel; keine Entlassung ohne Zustimmung der Betriebsräte, Durchführung verkürzter Arbeitszeit und bei entsprechendem Antrag der Betriebsräte und Gewerkschaften das Recht der Gewerbeaufsichtsbeamten, eine kürzere Arbeitszeit durchzuführen, ferner eine Verordnung gegen Doppelverdiener.**

Die Arbeiterschaft sieht, daß durch einen Druck, wie ihn die Bezirkserwerbslosenkonferenz dargestellt hat und wie in noch viel größerem Maße der Landeskongreß der Werktätigen ihn darstellen muß, selbst die SPD. in einzelnen Dingen zu einer Aenderung ihrer starren Haltung gezwungen wird. Die SPD.-Mitglieder werden freilich, wenn es auf das **Festhalten an diesen Forderungen auch im außerparlamentarischen Kampfe** ankommt, neue Enttäuschungen erleben.

Durch eine starke Kampagne für Gewerkschaftseintritt und Gewerkschaftsmobilisierung von der Kampf wird es gelingen, die Arbeiterschaft zusammenzuschweißen und den **Kongreß der Werktätigen** — trotz der feindlichen Einstellung der ADGB.-Spitzen — zu einer Massenvertretung aller Organisationen der Werktätigen zu machen.

Warum gibt es noch gelbe Werkvereine?

In der „Deutschen Werksgemeinschaft" vom 3. Oktober 1926, dem „Organ der vaterländischen Arbeiter- und Werkvereine Groß-Deutschlands", schreibt der Vorsitzende des Reichsbundes, Wilhelm Schmidt, u. a.:

„Im Juni d. J. wurde ich von gutunterrichteter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß maßgebende Gewerkschaftsführer in aller Stille, aber mit desto größerem Eifer daran arbeiten, wiederum zu einem „Zentral-Arbeitsgemeinschafts-Abkommen" mit der Industrie zu gelangen. Man sähe in diesen Kreisen voll Sorge den Werksgemeinschafts-Gedanken und die wertsgemeinschaftliche Arbeiterbewegung wachsen."

Dieser Satz enthält eine Uebertreibung des Umfanges der Werksgemeinschaften, die bei dem Vorsitzenden dieser Organisationen verständlich ist. Aber der Satz enthält auch eine Bestätigung dessen, wofür wir schon mehrmals Beweise genannt haben, nämlich, daß die ADGB.-Führung auf ein Wiederersstehen der **Zentral-Arbeitsgemeinschaft** hinarbeitet.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Jahre 1919 bis 1924 ist gerade der Schwerpunkt gewesen für die fortschreitenden Rückschläge der Arbeiterklasse. Die Illusion, im Burgfrieden mit den Unternehmern, mit dem wirtschaftlichen und politischen Klassengegner, Arbeiterinteressen vertreten zu können, sollte durch die Erfahrungen ein für allemal begraben sein. Die ADGB.-Führung freilich ist unbelehrbar, sie erstrebt eine neue Arbeitsgemeinschaft **aus politischen Gründen.** Sie hofft, auf diese Weise die SPD., mit der sie versippt ist, für die Bourgeoisie wieder koalitionsfähig zu machen. Diese freilich fühlt sich heute so stark, daß sie eine Arbeitsgemeinschaft nicht mehr braucht, oder sie geht auf eine solche nur ein unter Vereinbarung von Klauseln, die ihr die Ausbeutung der Arbeiterklasse **noch besser** ermöglicht und dieser verschärften Ausbeutung noch die gesetzliche Bekräftigung gibt.

Wenn ADGB.-Führer die **Werksgemeinschaften** als Argument für ihre klassenschädliche Politik anführen, so muß ihnen deutlich gesagt werden, daß **die Arbeitsgemeinschaft der falsche Weg der Bekämpfung dieser gelben Sumpfpflanzen ist.** Denn die Arbeitsgemeinschaft ist selbst solch eine Sumpfpflanze, und die noch indifferenten, erst zu gewinnenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden bei solchem Standpunkt der freien Gewerkschaften immer weniger einsehen, warum sie nicht gerade so gut in die eine oder in die andere Organisation eintreten sollen. Sie werden sogar eher in die Werksgemeinschaft eintreten, weil diese ja die Gunst des Unternehmers genießt, und sie hoffen — allerdings auch wieder eine Illusion — dadurch fester im Betrieb verankert zu sein.

Je mehr die Gewerkschaften sich als Kampforganisationen zeigen, je aktiver sie die Mobilisierung der Arbeiterschaft durchführen, desto mehr werden sie das Vertrauen der Arbeiterklasse genießen.

Gemeinsamer Kampf der Arbeitenden und Erwerbslosen bringt Erfolg! Darum wählt Delegierte zum Kongreß der Werktätigen!

Sammelt für die streikenden Hafenarbeiter Hamburgs!

Bereitet sofort großzügige Betriebssammlungen vor!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0003

Rosa Bergers Wandlung*)

55]

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Glösa

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

„So?“ fragte Rosa dann lachend, „es müssen doch so viele damit auskommen.“

„So viele? .. Niemand kommt damit aus und jeder hat so seine Beziehungen.“

„Und die Arbeiter? Die haben doch nicht alle solche Beziehungen?“ fragte Rosa interessiert, was er wohl darauf erwidern werde.

„Die verdienen heutzutage soviel Geld, daß sie sich viel mehr leisten können, als unsereins“, antwortete er ernsthaft.

„Das glaube ich nicht“, hielt sie ihm bestimmt entgegen und erzählte, wie schlimm es ihrem Vater ergangen sei.

„Ja, das wird alles anders“, antwortete er, „das ist jetzt während des Krieges, wo der Staat alles zusammennehmen und sparen muß, aber lassen Sie den Krieg vorbei sein und wir müssen ihn ja gewinnen, dann wird alles ganz anders. Dann bekommt jeder Invalide, ob er nun im Kriege oder sonstwie bei der Arbeit dazu geworden sein mag, sein kleines Kapital und Land, wo er sich ein Häuschen bauen kann, und dann sollen Sie mal sehen, wie gut es den Leuten geht. Aber erst müssen wir mal den Krieg gewinnen ...“

Und Rosa ließ sich beeinflussen, denn was dieser Mann sagte, das klang überzeugend. Sie ließ sich einen Teil der Lebensmittel zuschieben und war schließlich froh, die elende Kriegskost um einiges verbessern und ergänzen zu können. Wie gut schmeckte es auch, wenn man nach so vielem schlechten Brot, dem Dörrgemüse und Ersatzmitteln wieder einmal ein kräftiges und schmackhaftes Essen auf dem Tisch haben konnte.

Die Abende, an denen ihr Mieter sie bat, ihm das Abendessen zuzubereiten, wiederholten sich immer öfters, bis er Rosa schließlich bat, gleich für sich mit am Tische zu servieren und ihm Gesellschaft zu leisten. „Es schmeckt mir besser“, begründete er seine Einladung, „ich bin es ja gewohnt, zuhause und im Kreise meiner Familie zu essen und sitze nicht gern allein; in Gesellschaft schmeckt es bekanntlich immer besser.“ Und Rosa fand für ihren Teil nichts dabei, dieser Einladung nachzukommen, denn auch sie aß nicht gern allein. Erst als Rosa das ihrer Mutter erzählte und sie von ihr gewarnt wurde, es nicht „von den Leuten“ sehen zu lassen, stiegen auch in ihr Bedenken auf und sie bekam Skrupel.

Sie suchte dieser Gewohnheit zu entgehen, indem sie einige Tage hintereinander am späten Nachmittag fortging, um nicht zuhause zu sein, wenn der Oberleutnant komme und essen wolle. Aber dann bat er sie schon am Morgen darum, und da sie ihm nicht irgend etwas vorlügen mochte, gab sie nach. Am Tage über ging ihr vieles durch den Kopf, was zu ihrer Rechtfertigung ihr einfiel. Sie setzte sich mit sich selbst auseinander und sagte sich: „Er läßt sich tatsächlich nicht das Geringste zuschulden kommen. Ich kann ihm wirklich nichts nachsagen. Es ist ja auch nicht mehr als anständig, wenn er mir ein paar Lebensmittel abläßt, wo es ihm doch so gut geht und er hintenherum alles bekommt. Warum sollen die Leute alles im Ueberfluß haben und unsereins darbt? Es ist ja eine Ungerechtigkeit, daß die alles bekommen und die Arbeiter mit dem auskommen sollen, was es auf die Marken gibt. Aber es geht jetzt wirklich auch vielen Arbeitern besser als früher. Härtwig hatte erst vor ein paar Tagen ihren Vater besucht und erzählt, was jetzt verdient wird... wenn auch die Leute nichts dafür kriegen, und wie machen es denn die sozialdemokratischen Führer? Es ist eben so, heutzutage hilft sich jeder, wie es ihm am besten paßt. Und meine Eltern muß ich unterstützen, die kann ich nicht verhungern lassen. Fritz freut sich auch, wenn ich ihm was schicken kann, und dann sorgt er sich auch nicht um mich. Vielleicht ist er auch gar nicht so absolut dagegen, wenn er später mal richtig erfährt, wie dreckig es uns hier gegangen wäre, wenn man sich nicht selber geholfen hätte. Und soll man sich denn nicht helfen, wo man sich helfen kann? Unsereins ist doch auch nur ein Mensch!“

Diesen Erwägungen gab sie nach, und so wurde es zur Selbstverständlichkeit, daß sie ihm das Abendessen zubereitete und mit ihm aß. Trotzdem tauchten hin und wieder Skrupel bei Rosa auf und sie fragte sich, ob sie sich wohl Vorwürfe machen müsse, Fritz gegenüber zu verschweigen, Zimmer vermietet und einen fremden Menschen in der Wohnung zu haben. Dann glaubte sie Fritzens Einwendungen zu hören: „Unsere Wohnung ist kein Quartier für Offiziere. Ich will zu diesen Herren keine derartigen Beziehungen haben. Es sind Feinde der Arbeiterschaft. Gehen so viele Frauen zur Arbeit in die Fabriken, wirst Du nicht daran sterben.“

Mit der Zeit änderte sich die Haltung des Oberleutnants Rosa gegenüber. Nicht so, daß es gleich auffällig geworden wäre, sondern von einem Zusammensein zum andern fast unmerklich. Er benahm sich unbefangener, schlug gern einen neckischen Ton an und erg... sich Anspielungen darauf, daß sie schon lange ohne Mann und ... halb zu bedauern sei; sprach gelegentlich geringschätzig von ... Frau, und zuletzt liefen seine meisten Gespräche darauf hinaus, ... versteckter Weise Rosa den Hof zu machen.

Anfangs fand sie Gefallen daran und sah sich bestätigt in ... Meinung, einen äußerst liebenswürdigen und annehmbaren M... gefunden zu haben, ergötzte sich unbedenklich und naiv an ... kleinen Attacken. Es tat ihr wohl, von der vielen zurückgedrän... Sehnsucht nach Vergnügen ein wenig Frohsinn frei lassen zu dü... und ab und zu einmal lachen zu können. „Wenn der Krieg“ ... dachte sie, „Jahre dauert, dann kann man nicht die lange Zei... durch immer nur trauern und den Kopf hängen lassen. Ich w... ja auch nicht wieder jünger, und jeder Tag, der vergeht, ist ... loren und läßt sich nicht zurückholen.“

Dann aber entschlüpfte ihm manchmal eine gewagte Bemerk... die ihr nicht gefiel, sie mißtrauisch machte und vorsichtig stim... Es erschien ihr, als sei das gegenseitige Verhältnis früher sch... gewesen und habe an Wert verloren. Rosa ahnte nun, daß er ... ganz so selbstlos sei, wie er früher den Eindruck gemacht hatte, ... bei seiner verhältnismäßigen Freigebigkeit ihr gegenüber w... scheinlich eine noch verhüllte Absicht mitspreche. Das gab ihr ... anlassung, sich in Gedanken mit dieser Gefahr zu beschäftigen ... sich selbst zu sagen: „Wenn er vielleicht denkt ... und sich Hoffnu... macht, dann soll er sich schwer verrechnet haben ...!“

*

Wie jeder echte Bürger nahm Oberleutnant Fries seinen ... genannten Geburtstag zum Anlaß, besonders gut und reichli... essen und zu trinken. Da er angeblich keinen Urlaub bekam ... diesen ag nicht im Kreise seiner Familie verleben ko... sollte ihm Rosa ein delikates Abendessen zubereiten und zu... als Geburtstagsgast eingeladen sein. Auf ihre Frage, warum ... nicht lieber ein paar Kameraden einlade, behauptete er, ... seinen Kameraden keine so guten Freunde zu haben, die er zu ... derart persönlichen Zusammenkunft einladen könne.

Da ihr genügend Zutaten zur Verfügung gestellt wurden ... Rosa den Geschmack des Oberleutnants schon einigermaßen ka... gelang es ihr mit einiger Mühe, eine Mahlzeit auf den Tis... bringen, die seinen Erwartungen entsprach.

Als er gegessen hatte, schob Fries seinen Teller beiseite und ... schmunzelnd: „Das war eine feine Sache, liebe Frau Seidel, ... haben Sie gut gemacht. Und jetzt trinken wir noch ein Glas ... Müller Extra.“

(Fortsetzung folg...)

*) In Buchform erscheint der vorliegende Roman in einigen Wochen. Der erste Teil des Romans von O. Müller Glösa erschien unter dem Titel „Ein Arbeitermädel“. Preis broschiert 2 Mark. Zu haben in allen Buchhandlungen, der Produktiv-Genossenschaft oder durch die „Klassenkampf“-Trägerinnen.

Politische Randbemerkungen

Statistik des weißen Terrors in Polen. In den letzten zehn Tagen des Monats September wurden in Polen 233 Personen verhaftet, darunter 125 Jugendliche, die „kommunistischer Tätigkeit“ angeklagt sind. Ferner sind darunter 6 Bauern, die einer Versammlung in Lemberg beigewohnt haben und 17 Mitglieder proletarischer Sportorganisationen.

Ludendorff und die Frankenfälscher. Dem Wiener „Abend“ wird aus Budapest berichtet: „Der Prozeß gegen die Frankenfälscher wird am 5. Oktober vor der Kurie, das ist dem Obersten Gerichtshof Ungarns, verhandelt werden. Eine so rasche Arbeit haben die Gerichte Horthys noch nie geleistet. Die Ursache der großen Eile ist die, daß Herr Horthy für Weihnachten einen Strafnachlaß vorbereitet, der auch den Frankenfälschern, in erster Reihe dem Prinzen Windischgrätz und dem Landespolizeichef Nadossy, zugute kommen wird. Die Regierung will nämlich den Schein retten, daß die Fälscher durch die Begnadigung schon im „Zuchthaus“ erreicht werden, also bereits als gewöhnliche Sträflinge behandelt wurden. Dies, obwohl allgemein bekannt, daß Prinz Windischgrätz in einem eigens für ihn hergerichteten Zimmer des Inquisitenspitals untergebracht ist, und daß die Zelle des Landespolizeichefs Nadossy eher einer fürstlichen Wohnung, denn einem Gefängnis gleicht. Die Beschleunigung des Prozesses und die in Aussicht gestellte Begnadigung ist für die Regierung schon deshalb dringend, weil Prinz Windischgrätz, der schon sehr ungeduldig auf die Freiheit wartet, dem Grafen Bethlen wiederholt mitteilen ließ, daß er sonst alle Verbindungen der Fälscher mit der Regierung aufdecken und die Beweise, die an einem sicheren Orte aufbewahrt sind, vorlegen wolle. Er soll beweisen können, daß die falschen Klischees eigentlich gar nicht falsch waren, sondern aus der Bank von Frankreich entwendet worden sind, und zwar durch niemanden anderen, als durch Beauftragte Ludendorffs. Windischgrätz soll die Klischees von Ludendorff selbst übernommen und nach Budapest gebracht haben.

Die Gegenoffensive Suns

Schanghai, 30. September.

Einem Bericht aus Hankau zufolge rücken Truppen des Generals Suntschuanfang, des Militärgouverneurs von Kiangsu und der vier benachbarten Provinzen, zum **Ersatz Wutschangs** heran. **Französische und amerikanische Dampfer** sollen von den Truppen aufgebracht worden sein, um Truppen vom oberen Yangtse den Fluß abwärts zu befördern. — Diese Meldung der Gegenoffensive Suns ist sehr unwahrscheinlich, da, wie Reuter vor kurzem mitteilte, die Streitkräfte Suns gegenüber den Kanton-Truppen zahlenmäßig sehr schwach sind.

Kurze politische Meldungen aus aller We...

Das Traditionsregiment der Hohenzollern. Die „Frankf... Zeitung“ erfährt von vertrauenswürdiger Seite, daß der S... des Ex-Kronprinzen auf dem Münsinger Truppenübungsplatz ... inneren Dienst eines Reichswehrregiments teilnahm, und ... in der Traditionskompagnie des 1. Gardere... ments zu Fuß, jenes Regiments, in dem traditionell ... preußische Königs- und Kronprinzensohn seine „militärische ... bildung“ erhielt. Nach dieser Feststellung wage noch einer zu beh... ten, unsere famose „Republik“ sei nicht gut königs- und kaiser... Herr Geßler weiß natürlich auch nichts von dieser zeitfreiwilli... Einstellung in die Reichswehr. Selbstverständlich!

Um den Reichswehrprinzen. Wie der „Montag Morgen“ er... gedenken die Sozialdemokraten Geßler zu interpellieren wegen ... Einstellung des Prinzen Wilhelm von Preußen in die Reichsw...

Neuer polnischer Gesandter in Moskau. Wie „Kurjer Poran... aus Warschau meldet, wird der ehemalige Gesandte in T... Patek, in den nächsten Tagen zum Gesandten in Moskau ern... werden.

Aufhebung der französischen Volksschule in Eupen. Nach ei... Agenturmeldung aus Malmedy hat der Gemeinderat von Eu... auf Vorschlag eines Sozialisten mit acht gegen fünf Stimmen ... schlossen, die französische Volksschule von Eupen aufzuheben.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Sitzung der Genossenschaftsleiter der Zellengruppen am Dienstag, 5. Okt., 8 Uhr, im „Volkspark“. Im Behinderungsfalle ist ein Vertreter zu entsenden.
Halle. Dienstag, 5. Oktober, abends 8 Uhr, Leitungssitzung der Zellengruppe 3 im bekannten Lokal.
Ammendorf. Parteiarbeitersitzung am Montag, 4. Oktober, abends 8 Uhr, im „Elstertal“. Alle Zellenleitungen und Zeitungsausträger müssen zur Stelle sein.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Dürrenberg. Mitgliederversammlung Dienstag, 5. Oktober, 8 Uhr, im „Kronprinz“.
Mücheln. Mitgliederversamml. Mittwoch, 6. Okt., 8 Uhr, Gewerkschaftshaus Gebüfte.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Montag, 4. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung der gesamten Stadtleitung und Ressortvertreter in der „Kaffeeschänke“. Festlegung des Monatsarbeitsplanes.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abteilung 2, Westen. Dienstag, 5. Okt., 8 Uhr, Produktiv. Mitgliederverf.
Abteilung 5 (Zentrum). Dienstag, 5. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“ erweiterte Vorstandssitzung. Kameradschaftsführer haben zu erscheinen.
Abteilung 5 (Zentrum). Mittwoch 8 Uhr bei Köppchen, Unterberg, Funktionärsitzung.
Untergauleitung. Donnerstag, 7. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, Sitzung. Alle Werbebezirksführer der Landbezirke nehmen teil.
Abteilungsvorstand Norden. Heute abend am bekannten Ort Sitzung.
Die Abrechnungen der Kampffondsmarken zum Reichstreffen sind schnellstens mit der Untergauleitung vorzunehmen.

Untergau Sangerhausen

Die für den 3. Oktober festgesetzte Untergaukonferenz findet erst am 10. Oktober statt.
Sangerhausen. Sonntag, 3. Oktober, beteiligt sich die Ortsgruppe am Roten Tag in Gerbstedt. Radfahrer 6 Uhr früh am „Herrnkrug“.

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473

Die Bezirkskonferenz findet am 10. Oktober nicht, wie bekanntgegeben, im kleinen Saal, sondern im Kartellzimmer des „Volkspark“ statt. Der dem letzten Rundschreiben beigelegte Fragebogen muß sofort ausgefüllt zurückgesandt werden.
An alle Ortsgruppen! „Der junge Leninist“ erscheint wegen technischer Schwierigkeiten erst in den ersten Tagen der nächsten Woche.
Fragebogen und eventuelle Anträge zur Bezirkskonferenz müssen bis 5. Oktober in den Händen der BL. sein.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Jugendgenossen! Schafft Euch alle sofort Turnschuhe an.
Halle. Achtung, Unterbezirksleitungsmitglieder, Montag, ½8 Uhr, im Jugendsekretariat kurze Besprechung.
Halle. Gruppenkassierer Montag 7 bis 8 Uhr Abrechnung!
Dienstag 8 Uhr in der Produktiv Zusammenkunft aller Genossen, welche in der Roten Jungfront organisiert sind, zu einer wichtigen Besprechung. Mitgliedskarte ist mitzubringen.
Mittwoch 8 Uhr in der Produktiv Zusammenkunft aller Gewerkschaftsfunktionäre zu einer wichtigen Besprechung.
Donnerstag 8 Uhr in der Jugendherberge Musikübungsstunde. Kommt alle!
Ammendorf. Dienstag, 5. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Post“ Zelle Lindner. 8 Uhr Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Gruppenabend mit dem Thema: „Bedeutung der Gewerkschaften.“

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Alle Ortsgruppen müssen sofort die von der UBL. herausgegebenen Rundschreiben beantworten.
Weißenfels. Montag, 4. Okt., 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Heute abend 6 Uhr im „Volkspark“ Versammlung des Bezirks 4 (Norden).
Ammendorf. Dienstag nachmittag 5 Uhr in der „Post“ Zusammenkunft.
Eisleben. Dienstag, 5. Oktober, nach Unterrißdorf zum Gruppenabend Antreten 5½ Uhr am „Klassenkampf“. Liederbücher mitbringen.
Eilenburg. Dienstag, 5. Oktober, Beginn des Gruppenabends von jetzt an von ½8 Uhr. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Allgem. Konsumverein Halle a. S. und Umgegend

Die ausgeschriebenen Stellen für **Lagerhalter-Anwärter** sind besetzt
Allen Bewerbern besten Dank

2268 **Der Vorstand**

Winterkartoffeln
a. Sandboden, gelbe Industrie, wieder eingetroffen
Kellerware 1222
Bestellungen erbeten Lieferung erfolgt frei Haus
Reinhold Sack, Weißenfels,
Beuditzstraße 28 (Eingang Hermannsgarten) — Telephon 723 —

Kartoffeln
eigene Ernte (prima Speisekartoffeln f. den Winterbedarf) Ztr. 3,—
Fischerplan 5.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren **Inserenten!**

Modezeitungen können durch unsere Buchhandlungen bezogen werden

Bekanntmachung

Der Ortsausschuß für Jugendpflege richtet nach den Herbstferien einen Kinderhort in dem großen Raume des Jugendheims ein.

Die Kinder sollen in den Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr mit Anfertigung ihrer Schularbeiten, mit Lesen, Spielen, Kleb- und Bastelarbeiten beschäftigt werden.

Alle dem Ortsausschuß für Jugendpflege angehörenden Vereine machen wir auf die Neueinrichtung aufmerksam. Diejenigen Damen, welche Mitglied eines Jugendpflegevereins und bereit sind, die Aufsicht in dem Kinderhorte mit zu übernehmen, werden gebeten, sich bis zum 11. d. M. im Rathaus, Zimmer 12, bei Herrn Stadtobersekretär Schwab zu melden.

Die Leiterin, Stadtjugendpflegerin Frl. Schirmer, wird, sobald genügend Meldungen vorliegen, zu einer Besprechung einladen.

Eisleben, den 2. Oktober 1926.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege.
Der Vorsitzende. Clauß, Oberbürgermeister. Reinhard Jud, Stadtjugendpfleger. Lina Schirmer, Stadtjugendpflegerin.

Rote Hilfe Deutschlands
Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425
Merseburg. Dienstag, 5. Okt., 8 Uhr, in „Stadt Leipzig“ Mitgliederversammlung.

Stadt-Theater
Heute Montag, 8 Uhr: Gastspiel Paul Wegener „Jaqueline“
Dienstag, 8 Uhr: Der wahre Jakob

Walhalla
Telephon 283 85
Dir. Paul Blüthgen
Täglich 8 Uhr
Gastspiel des Leipziger Operettenhauses (früher Neues Operetten-Theater)
Der Opernball
Operette v. Heuberger
Preise von 60 Pf. an

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 192
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Heute
Rippchen 1223
Salzknochen
Gehacktes
Morgen
Wellfleisch
Frische Wurst
Wurstsuppe
Ich bringe nur das Beste vom besten in hausschlachtenen Fleisch- u. Wurstwaren
Erich Pitzschk, Weißenfels,
Saalstraße 34

In dieser Jahreszeit
kein Haushalt ohne
Hallorentropfen
der beste Magenlikör 3568
Brehmer Nachf., ob. Leipzigerstr. 43

Auf **Kredit**
bei niedrigster Anzahlung und selbst zu bestimm. Wochenraten erhalten Sie
Herren- Damen- u. Kinder-Garderobe
Manufakturwaren Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren Leib- und Bettwäsche Gardinen, Schuhwaren fertige Federbetten Möbel, Spiegel Polsterwaren
C. Rasemann
Alte Promenade 35 (an d. Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts

Nur Diensta...
Billiger Seefischtag
Jede Hausfrau sollte wöchentl... zweimal Fisch auf den Tisch bring... weil sehr nahrhaft, wohlschmeck... und billig
Nordsee
Gr. Ulrichstraße 58
Telephon 227 06, 212 74 und 75
Goldbarsch ohne Kopf .... Pfund 28
Grüne Heringe ... 30
Seelachs o. Kopf .
Bratscholle 35
Kabeljau ohne Kopf ... 45
Karbonaden, bratfertig ... 55
Schweinsfischfilet 60

Einem verehrten Publikum von Eisleben und Umgegend bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage die Bewirtschaftung des
Volkshauses
übernommen habe
Meine langjährige fachmännische Tätigkeit bürgt für sorgfältige Bedienung. Küche und Keller bieten wie bisher bekannt nur das Beste
Eisleben, den 1. Oktober 1926
1224 Hochachtungsvoll
Franz Herling

Alle Parteischrifte...
empfiehlt die **Volksbuchhandlung**
Harz 42/44 Lerchenfeldstr.

Obst
billig, ...

Dünge-Ka...
eingetroffen. ...
ab Lager ...
Otto Westphal, G. m. b. H.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Landsknechtspoesie

Alles, was in Halle schwarzweißrot ist, kann den Tag kaum erwarten, wo man wieder einmal Denkmalsweihe wird spielen können. In dieser Zuversicht putzen die Kriegervereinler schon jetzt ihre Angströhren und die Stahlhelmer üben feste Parademarsch. Aber bei der allgemeinen Vorbereitungsfreude darf natürlich auch die hallische Presse nicht fehlen, und wieder ist es diesmal die „Allgemeine Zeitung", die ihrer vaterländischen Konjunkturgesinnung innigsten Lauf läßt. Sie veröffentlicht eine Urkunde über die Erbauung des Landsknechtsdenkmals, und da stehen schöne Sachen drin. Da steht zum Beispiel, daß man ursprünglich eine Germania auf den verworrenen Sockel setzen wollte, wahrscheinlich so eine gepanzerte Jungfrau, wie sie auf den früheren kaiserlichen Briefmarken zu sehen war. Aber dann hat man „aus gewichtigen Gründen doch vorgezogen, an Stelle derselben das Denkmal mit der Gestalt eines jungen deutschen Kriegers mit der Tracht aus dem Zeitalter Ulrichs von Hutten zu schmücken." Schön gesagt, nicht? Der junge deutsche Krieger ist dann etwas ältlich, fett und versoffen geraten, und das ist nur gut so; sonst wäre das Denkmal noch eine Pilgerstätte für mitteldeutsche Jungfrauen geworden, die den Segen Gottes und eine baldige Heirat mit einem jungen, hübschen Krieger an dem symbolischen Gebilde herabgefleht hätten. Der junge Krieger wurde sodann aus Erz gegossen. Und das ist ausschließlich einem wackeren hallischen Bürger, dem Königlichen Commerzienrath A. Riebeck, zu verdanken. Na, also! Es lebe der Imperialismus, denn die Zukunft der Königlichen Commerzienräthe lag nicht nur auf dem Wasser, sondern auch in einem erzenen, jungen, deutschen Krieger. Von denen wurden denn auch 1914 frischfröhlich ein paar Millionen verbraucht. Aber das ist alles noch nichts gegen die biedere Landsknechtspoesie, die aus der Urkunde wie die bekannte blaue Blume zart emporblüht. Die Urkunde: „Dann werden die Wasser des Brunnens, den festgefügten Stein umrauschend, lebendig werden und noch den spätesten Geschlechtern erzählen . . ." Man weiß Bescheid. Und fühlt sich nur noch verpflichtet, die Verse zu genießen, die sich die Urkunde und die „Allgemeine Zeitung" für das Landsknechtsdenkmal als Motto ausgedacht hatten:

„O Vaterland! Mein Vaterland!
Du heiliges, das mir Gott gegeben!
Sei alles eitel, alles Tand,
Mein Name nichts und nichts mein Leben —
Du wirst Jahrtausende durchblüh'n
In deutschen Treuen, deutschen Ehren:
Wir Kurze müssen von hinnen zieh'n,
Doch Liebe wird unsterblich währen!"

Könnte man da nicht wenigstens eine kleine Modernisierung anbringen? Nämlich dieb eiden letzten Zeilen ändern, und das soll dann so aussehen:

Wir müssen hier den Kürzeren zieh'n,
Doch Kitsch wird unsterblich währen!

Kirche mit beschränkter Haftpflicht

Nun muß sich alles wenden. Bisher wurde den frommen Christen immer von den Lilien auf dem Felde gepredigt und von dem Sperling (nicht von dem in der Hand, der besser ist als eine Taube auf dem Dache) und von allen möglichen Lebewesen, die sich keine Sorgen um Erwerbslosenunterstützung machen sollen, denn der himmlische Vater ernährt sie doch. Wir haben das manchmal angezweifelt, weil es nämlich vorkam, daß ein paar Familien mit Kindern oder alte Leute sozusagen verhungert sind. Das ist natürlich nicht schlimm, denn dafür kommen sie eben ins Himmelreich.

Aber dieser Trost muß doch nicht mehr ganz stichhaltig sein, und deshalb haben sich die evangelischen Kirchenorganisationen vorgenommen, mit ihrem Pfunde zu wuchern und eine kirchliche Spar- und Darlehnsgenossenschaft für die Provinz Sachsen zu gründen. Die „Hallesche Zeitung" gibt darüber erschöpfende Auskunft:

„Wie dem Evangelisch-Sozialen Preßverband von einem Mitglied des Provinzialkirchenrates mitgeteilt wird, wird der lebhafte Wunsch der Kirchengemeinden, eine Stelle zu wissen, wo sie ihren Geldbedarf vorteilhaft decken und brachliegende Gelder gut verzinst anlegen können, erfüllt werden.

Der Provinzialkirchenrat hat beschlossen, eine solche Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht ins Leben zu rufen. **Durch das Entgegenkommen der Girozentrale der Provinz Sachsen** wird der Versuch ermöglicht. Alle Arbeiten sind ehrenamtlich. Genossen können werden die Kirchengemeinden der Provinz Sachsen, Kirchengemeinde-Verbände, kirchliche Vereine, Anstalten der Inneren Mission, Liebeswerke der Kirche, sämtlich mit selbständiger Rechtspersönlichkeit. Der Geschäftsanteil eines jeden Mitgliedes beträgt 200 Mark."

Wie von anderer Seite verlautet, soll Stadtbankdirektor Berger die Leitung dieser Spar- und Darlehnsgenossenschaft übernehmen. Da alle Arbeiten ehrenamtlich gemacht werden müssen, ist er die geeignete Persönlichkeit. Ehre, wem Ehre gebührt.

Abdrosselung von Stadtbankkrediten

Vom Magistrat wird uns geschrieben:

Wie sattsam bekannt, hat die Stadtbank in der Aera Berger in großem Umfange Kredite an gänzlich kreditunwürdige Personen und Firmen gewährt. Nachsicherungen waren in den meisten Fällen trotz energischer Bemühungen nur in ganz unzulänglicher Weise zu erlangen. Solche Firmen und Personen weiterhin unterstützen, hieße die an sich schon sehr erheblichen Verluste der Stadtbank weiter vergrößern. Mit Recht ist in den letzten Stadtverordnetensitzungen und in der Presse wiederholt und eindringlich darauf hingewiesen worden, daß dem schlechten Geld unter keinen Umständen gutes Geld nachgeworfen werden dürfe. Die Abdrosselung der nicht hinreichend gesicherten Kredite ist bereits seit Monaten im Gange. Bis zum 1. Oktober waren bereits rund 100 Konten vollkommen stillgelegt. Die Stillegung wird energisch fortgesetzt. Ebenso wird nachdrücklich an der Nachsicherung der Kredite gearbeitet, doch muß nach den bisherigen Erfahrungen bei den stillgelegten Konten **mit einem Verlust von mindestens 66 Prozent** gerechnet werden.

Wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 27. September bereits bekannt gegeben, hat sich die Gesamtsumme der Debitoren bei der Stadtbank seit Februar d. J. nicht erhöht, obwohl an Zinsbelastungen, Provisionen und durch Gewährung neuer Kredite, insbesondere an den Mittelstand, rund eine Million Mark hinzugekommen ist. Diese eine Million Mark bedeutet also in Wirklichkeit einen Abbau.

Hallische Tageschronik

Sonntagsrückfahrkarten für D-Züge. Während der Dauer des Winterfahrplanes 1926/27 werden unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs sämtliche Schnellzüge mit Ausnahme der D 42, 43, 61, 63, 155 zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten gegen Bezahlung des Schnellzugzuschlages freigegeben.

Wem gehört der Kinderwagen? Am 24. September, vormittags, ist in der Toreinfahrt eines Hauses der Oleariusstraße ein weiß lackierter Kinderwagen mit weißem Verdeck herrenlos aufgefunden worden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er aus einer Straftat herrührt. Der Eigentümer des Wagens wird gebeten, sich bei der Kriminaldirektion, Zimmer 37, einzufinden. Dort kann auch der Kinderwagen besichtigt resp. entgegengenommen werden.

Verkehrsunfälle. Am Freitag gegen 4 Uhr nachmittags wurde in der Gr. Steinstraße eine Frau von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei sie leichte Verletzungen am Arm davontrug. — Gegen 5.10 nachmittags erfolgte auf dem Franckeplatz—Ecke Waisenhausmauer — ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer, wobei letzterer zu Fall kam und sich eine stark blutende Stirnwunde zuzog. Der Verletzte wurde mit dem Kraftwagen einem Krankenhause zugeführt.

Abgeschleppt mußte ein Automobil werden, das in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in der Burgstraße, wo zurzeit Pflasterarbeiten ausgeführt werden, in eine Ausgrabung geriet und gegen einen Mast der Straßenbahn geschleudert wurde, so daß der Wagen schwer beschädigt liegen blieb. Personen kamen nicht zu Schaden.

Schlägereien. In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober und vom 3. zum 4. Oktober fanden mehrere Schlägereien statt, wobei zwei Männer leicht und ein Mann erheblich verletzt wurden, so daß letzterer mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt werden mußte. Acht an den Schlägereien Beteiligte wurden zur Personalienfeststellung nach der Polizeiwache gebracht. In zwei Fällen war auch das Ueberfallkommando alarmiert worden.

Gasexplosion. Am 2. Oktober, gegen 11.40 Uhr, nachts, wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Ludwig-Wucherer-Straße gerufen, wo der Inhalt eines Trockenofens infolge Ueberheizung in Brand geraten und aus einem durchgebrannten Schlauche ausströmendes Gas zur Explosion gekommen war. Die Feuerwehr beseitigte nach etwa einstündiger Tätigkeit die Gefahr. Personen sind nicht verletzt worden.

Arbeit für die Feuerwehr. Am 2. Oktober gegen 10.40 Uhr vormittags wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Friedrichstraße gerufen, wo in der Nacht ein Teil der Dachverzierung herabgefallen war und der Rest noch herabzustürzen drohte. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr.

Nietleben

Fünf Einbrüche in einer Nacht. Fünf erfolglose Einbrüche wurden kürzlich in verschiedene Häuser der am Walde gelegenen Gartenstadt verübt.

Die Rentenempfänger und der Kongreß der Werktätigen

Die Verelendung des deutschen Volkes, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Mittelstandes, nimmt immer schlimmere Dimensionen an. Wenn man annahm, was von der bürgerlichen Seite gezüchtet wurde, die große Erwerbslosigkeit würde sich verringern, so hat man sich geirrt. Nicht eine Abnahme der Erwerbslosigkeit haben wir zu verzeichnen, sondern im Gegenteil eine Zunahme. Wir dürfen keinesfalls die Dinge vom örtlichen Gesichtspunkt aus betrachten, sondern im Reichsmaßstab sowie im internationalen Maßstab.

Die Verelendung des Volkes ist vor allem auf die Erwerbslosigkeit zurückzuführen und sind die Ursachen in dem Dawes-Plan und dem Locarno-Abkommen zu suchen. Durch diese beiden Verträge wurde das deutsche Volk zum Kuli des internationalen Kapitals. Die Folge davon war, daß erst einmal die Löhne und Gehälter abgebaut wurden, nachher kam aber noch hinzu, daß die deutsche Industrie gegenüber der amerikanischen Industrie nicht mehr konkurrenzfähig war und ging man, um konkurrenzfähig zu sein, dazu über, in allen Betrieben und Arbeitsstätten die Rationalisierung einzuführen. Man führte in Deutschlatnd überall

das sogenannte Bandsystem

ein, wodurch große Massen Arbeiter und Angestellte übrig waren und entlassen wurden. Dieselben sind nun schon monatelang, ja jahrelang erwerbslos und der Verelendung preisgegeben.

Dieses neue System macht die heute bestehende Arbeitslosigkeit zu einem Dauerzustand, solange eben die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht. Unter diesem großen Heer der Erwerbslosen befindet sich

eine große Anzahl Erwerbsbeschränkter,

weil die betreffenden mit dem Rest ihrer verbliebenen Arbeitskraft keinesfalls so ausgebeutet werden können, wie man es in diesem neuen System mit der gesunden Arbeitskraft tun kann. Diese Rationalisierung hat eben zur Folge, daß nur noch völlig gesunde Menschen gebraucht werden und es werden die Erwerbsbeschränkten einfach nicht eingestellt, nein, man wird sogar dieselben bei einer passenden Gelegenheit entlassen, wie das schon viele Betriebe getan haben und noch tun werden.

Es wird nun erklärt werden, die Schwerbeschädigten genießen doch den Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes, aber die Praxis hat uns gelehrt, daß der Unternehmer sich an das Schwerbeschädigtengesetz gar nicht hält, sondern dasselbe umgeht und ganz brutal die Schwerbeschädigten auf das Straßenpflaster wirft. Die Hauptfürsorgestellen sollen ja erst zu jeder Entlassung die Zustimmung geben, und man müßte annehmen, deß die Hauptfürsorgestellen als soziale Einrichtungen die Zustimmungen zu den Kündigungen nicht erteilen. In den meisten Fällen sind, wie uns aus allen Teilen Deutschlands berichtet wird, die Zustimmungen zu den Entlassungen erteilt worden mit der Begründung, der Betrieb sei nicht mehr rentabel und aus diesem Grunde müsse man in den sauren Apfel beißen und der Kündigung zustimmen. An die Unterbringung der auf das Straßenpflaster geworfenen Schwerbeschädigten ist so gut wie gar nicht zu denken und die Folge davon ist, daß heute ebenfalls große Massen Schwerbeschädigter erwerbslos sind und dauernd erwerbslos bleiben werden. Bei den Leichtbeschädigten braucht man nicht so viel Umstände zu machen, sie werden einfach kurzerhand entlassen, ohne je wieder Aussicht zu haben, Arbeit zu bekommen, da man ja genug Arbeitskräfte bekommen kann, die noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind und die Betriebe sich hüten werden, einen Erwerbsbeschränkten einzustellen, da ja die gesunde Arbeitskraft besser als der Erwerbsbeschränkte ausgebeutet werden kann und deshalb mehr Profit abwirft. Dies ist natürlich für die Erwerbsbeschränkten ein trostloses Bild und wird mancher um die Zukunft bangen. Leider müssen wir verzeichnen, daß sich das Gros der zum Elend durch die heutige Gesellschaftsordnung Verdammten nicht bewußt ist, welchen Weg sie zu gehen haben. Sie befinden sich immer noch in dem Wahn, daß wir erst den Aufbau Deutschlands vornehmen müssen und dann wird es schon wieder besser werden. Wer das glaubt, hat sich eben noch nie ernstlich mit diesen Dingen beschäftigt und wir können erklären, daß wir in dieser gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht an eine Besserung der Lage denken können, im Gegenteil, die Lage der Besitzlosen wird immer schlechter, weil alle diese Maßnahmen nichts weiter sind, als ein Ringen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung um ihren Bestand.

Alle die Besitzlosen, worunter auch die Erwerbsbeschränkten, die jetzt mit am meisten zu leiden haben, fallen, müssen nun endlich einmal erkenen, daß ein

Zusammenschluß aller Werktätigen

vor sich gehen muß, um die noch heute bestehende Gesellschaftsordnung, die gegen uns einen rücksichtslosen Klassenkampf führt, in ihren Grundfesten zu erschüttern und sie zu beseitigen und an ihre Stelle eine neue, bessere, die sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung, zu setzen, die in der Lage sein wird, die furchtbar schlechte Lage der Menschen zu bessern. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, daß auch die Rentenempfänger uns zu dem von den proletarischen Massen verlangten Kongreß der Werktätigen erklären, der darüber beraten soll, was getan werden muß, um die Not des Proletariats zu beseitigen und der vor allen Dingen, da dies zu dem Klassenkampf des Proletariats, wenn es siegen will, unbedingt notwendig ist, **die Einigung des gesamten deutschen Proletariats** herbeizuführen in der Lage sein wird.

Der aufpolierte Thalia-Saal

Nun ist der Thalia-Saal neu hergerichtet. Es riecht nach Oelfarbe und Sauberkeit, und alles sieht ein bißchen weitläufiger aus. Eine richtige Theaterkasse ist da, wo man sich drängeln kann, was die hallischen Theaterbesucher auch ausgiebig tun. Denn sie wollen nicht zu spät kommen, und es hat schon zweimal geklingelt. Aber ihre Eile war nicht notwendig. Es bleibt noch eine ganze Weile hell, die Türen klappen weiter, hinter der Bühne hört man rumoren, als ob da schon das Lustspiel im Gange wäre. Dann klingelt es noch ein paarmal, und inzwischen hat man sich auf die neuen Plätze begeben. Nun ist endlich das fest aufgebaute Gestühl da, und das funktioniert noch ein bißchen neu, als ob man es aus den Folterkammern der Berliner Polizeiausstellung geholt hätte (einer Abteilung, wo sich, nebenbei bemerkt, die meisten Ausstellungsbesucher einfinden, um das Gruseln zu lernen). Dann klingelt es zum letztenmal, aber das war wieder nicht das letztemal, denn jetzt ertönen noch zwo Gongschläge. Ordnung muß sein. Und dann geht der Vorhang auf, und man sieht eine Belanglosigkeit, die „Der wahre Jakob" heißt, und in der natürlich die übliche tugendsame Tänzerin, die teils doofen, teils gewieften Provinzonkels und der unvermeidlichen Amerikaner ihr Lustspielleben von Beifallsgnaden dieses Publikums fristen. Es kommen aber natürlich noch andere Lustspielfiguren vor, der Backfisch, der alte Baron, der jugendliche Liebhaber, die Schwiegermama, und wenn der Vorhang nach dem ersten Akt zugeht, ist man nicht mehr neugierig, auf das, was in den zwei andern Akten sein wird, sondern nur darauf, wie man es nun in die Länge ziehen wird, um die Zuschauer glauben zu machen, daß keiner weiß, wie es zu Ende geht. Dann beginnt die Pause, und die ist viel interessanter als das Stück. Man weiß zwar wie, aber man weiß nicht, wann sie zu Ende geht. Sie dauert eine rund ehalbe Stunde. Inzwischen scheinen hinter der Bühne wieder Boxkämpfe ausgefochten zu werden. Alles dröhnt von Gepolter dann klingelt es ein paar dutzendmal und dann kommen die Gongschläge. Das nennt man Regie. Was aus dem Stück wird? Die anderen haben gelacht, weil sie sich einbildeten, ihre Nachbarn links und rechts wären gerade so spießig wie die Pleißenbacher auf der Bühne. Sie waren aber selbst gemeint.

Olf.

Bolschewistische und kapitalistische Filmsorgen

Im „Film-Courier" wird ein langer Artikel über den augenblicklichen Stand der russischen Filmproduktion veröffentlicht, in dem von folgender bemerkenswerter Erfindung berichtet wird: „Die Trickzeichnungen im Film erfordern bekanntlich nicht nur große Ausdauer und Konzentration, sondern erweisen sich in der Folge als gefahrbringend für das Augenlicht ihrer Schöpfer. Das Gesundheitsamt der Film-Gewerkschaft in Moskau hat festgestellt, daß im Laufe der letzten drei Jahre die Trickzeichner über 40 Prozent ihres Augenlichtes verloren haben. In Moskau ist jetzt ein besonderes Beleuchtungssystem bei diesen Arbeiten eingeführt worden, das durch neuartige Placierung der Beleuchtungskörper sowie durch die Schaffung einer hellblauen Beleuchtung die schädlichen gelben Strahlen paralysiert."

In der gleichen Zeitschrift steht die Ankündigung eines neuen amerikanischen Films, der typisch ist für die Art, wie man das Kleinbürgertum ideologisch zu kaufen versteht, insbesondere die Frauen und Mädchen, die im Produktionsprozeß schuften müssen und abends im Kino Illusionen suchen: „Good and naugthy" („Gut und unartig") heißt der neue Pola-Negri-Film, den Famous Players jetzt unter der Regie von Malcolm St. Clair fertiggestellt haben. Es ist dies die Verfilmung einer Farce von A. Hopwood „Naugthy Cinderella". Pola Negri ist darin ein Mädchen, das sein Aeußeres vernachlässigt und dann zu der Schönheit sich entfaltet, die sie ist und das Herz ihres Arbeitgebers gewinnt."

Wer hat nun die wichtigeren Fimsorgen? Und wer die bessere Kultur?

Theater und Konzerte

Stadttheater. Zu der anläßlich der festlichen Tagung des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer stattfindenden Aufführung von „Acis und Galathea" und „Turandot" sind noch folgende Plätze zum freien Verkauf verfügbar: 3. Ring, Oberring, 2. Ring Hinterreihen und 2. Ring letzte Reihen.

Festliche Tagung der Tonkünstler in Halle. Dr. Heinz Unger (Berlin) hat für die „Festliche Tagung" des „Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer E. V." vom 7. bis 11. Oktober in Halle die Leitung des uraufgeführten Liederzyklus „Das Lied vom Glück" von Erich Anders (Sopran: Margot Hinnenberg-Lefèbre) und des Violinkonzertes von Kurt Weill übernommen, das Stefan Frenkel spielt. Namhafte Solisten sind für die Ausführung der interessanten Programme gewonnen. Kamersänger Professor Albert Fischer wird im Orgelkonzert am Sonnabend, dem 9. Oktober, in der Moritzkirche, das Adolf Wieber spielt, Gesänge von Hugo Kaun singen (Kläre von Conta, Lieder von Courvoisier) und außerdem im Orchesterkonzert am Sonntag, dem 10. Oktober, unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band die Buß- und Betlieder von E. N. von Reznicek. Aus der großen Zahl der Mitwirkenden, zu denen sich auch die Solostreicher und Solobläser des Städtischen Orchesters in Halle gesellen, seien noch genannt: der Konzertmeister der Berliner Staatsoper Georg Kniestädt, Otto Nikitits, Kgl. Musikdirektor Fritz Rückward, Evel Stegmann, Josef Schwarz, Werner Rippich, Professor Waldemar von Baußnern, Professor Dr. H. J. Moser und die bekannte Münchener Pianistin Li Stadelmann. Im Rahmen der „Festlichen Tagung" findet am letzten Tage, am 11. Oktober, eine „Pädagogische Tagung" statt.

Das Programm im Modernen Theater geht in der Zeit der Oktoberfeste unter der Flagge „München in Halle". Die Kapelle und die Kabarettkünstler treten in Kniestrümpfen auf, Jodlerschreie gellen in den Ohren, und die Hauptsache — es gibt echt bayrisches Bier. Die Vornamen der Künstler passen auch in den Rahmen: Pepi, Toni, Nandl, Steffi. Es werden wenigstens keine nationalistischen bayrischen Plattheiten verzapft. Gesang, Couplets, Ballett, Groteskomik und eine Posse erheitern das Publikum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz

„Flurschutz"

Aufgelöst und besteht doch weiter

Es ist noch allgemein in Erinnerung, wie unter dem Deckmantel des „Flurschutzes" auf dem flachen Lande die Agrarier ihre Selbstschutzorganisationen aufzogen mit Hilfe von „Flurwächtern", die mit Schußwaffen auf Grund von Waffenscheinen ausgerüstet waren. Manches Menschenleben haben diese Faschisten auch in unserem Bezirk schon auf dem Gewissen. Und

die proletarische Landbevölkerung

die, spazieren gehend oder von der Arbeit kommend, in der Dunkelheit ihres Lebens nicht mehr sicher war, forderte die Beseitigung dieses unerhörten Zustandes.

Im Sommer dieses Jahres hieß es, die „Ermittlungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer" — dies war die Stelle zur Organisierung des Arbeitermordes auf dem Lande — habe einschließlich ihrer Provinzialzweigstellen ihre Tätigkeit eingestellt. Man dachte schon daran, wie die Landräte daraufhin Befehl zur Einziehung der vielen Waffen geben würden, mit denen die Landfaschisten Tag und Nacht ihr Unwesen gegen die Arbeiter getrieben hatten. Man hatte zu viel von Herrn Severing erwartet. Dessen Polizeiamt war mit der Sammlung und Ordnung der Siegestrophäen im Unterdrückungs- und

Verfolgungskampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

für die Berliner Polizeiparade zu sehr beschäftigt. Deshalb schließt eine Bekanntmachung im Ministerialblatt der Preußischen Inneren Verwaltung (auf Sp. 885) über die **Einstellung der „Ermittlungsstelle"** ab 1. Juli 1926 unglaublicherweise so:

Sollte die „Ermittlungsstelle" das Unternehmen nach dem genannten Zeitpunkt unter privater Firma fortsetzen, so ist sie bezüglich der Beaufsichtigung wie jedes andere private Detektivinstitut zu behandeln.

So sieht Severings „Kampf" gegen die arbeiterfeindlichen, monarchistischen Faschistennester auf dem Lande aus. Es wäre freilich seltsam, wenn er sie anders behandelte als ein guter Vater seine Kinder, die sie doch schließlich sind. Entstanden und bestanden sie doch seit 1921 mit ausdrücklicher Genehmigung und

Förderung durch den sozialdemokratischen Innenminister;

Severings Aemter lieferten den Faschisten unter der Maske des „Flurschutzes" Waffenscheine, Gewehre und Munition. Er denkt gar nicht daran, diese die Arbeiter auf dem Lande weiter bedrohenden Mordinstrumente aus den Landbundlagern herauszuholen. Severings Ministerium verhöhnt sich sozusagen selber mit jener famosen Bekanntmachung von der „Auflösung der Ermittlungsstelle", der auf dem Fuße die „Fortsetzung unter privater Firma" folgte.

Die ländliche Arbeiterschaft wird sich angesichts der vielen Todesopfer des faschistischen „Flurschutzes" dieses hohnvolle Theater nicht gefallen lassen. Denn schließlich ist sie durch das „private Unternehmen" genau so bedroht wie durch das halbamtliche. Es wird zur Entfernung der faschistischen Waffenlager **selbst die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen haben**, wenn — was zu erwarten ist — die angekündigte „Beaufsichtigung" nur auf dem Papier stehen dürfte.

Der Bruchteil des Herrn Wohlfahrtsministers

Berichtigung zu „Der Herr Wohlfahrtsminister in Bad Schmiedeberg" in Nummer 226 vom 25. 9. 1926.

Die Rechnung lautet nicht auf den Namen des Herrn Wohlfahrtsministers, sondern auf den Namen der Badeverwaltung. Die Angabe, die Rechnung sei dem Herrn Wohlfahrtsminister von seiten der Verwaltung des städtischen Kurhauses, wo Se. Exzellenz abgestiegen war, präsentiert worden, ist unwahr. Wahr dagegen ist, daß der Herr Wohlfahrtsminister mit Familie, sowie einer Anzahl auswärtiger Herren im Kurhause hier abgestiegen sind. Zwei Vertreter der hiesigen Badeverwaltung waren zur Begrüßung anwesend. Von den in Ansatz gebrachten Kosten betrifft nur ein Bruchteil den Herrn Wohlfahrtsminister, der Gast der Kurverwaltung war. Der Herr Wohlfahrtsminister hat mit der Angelegenheit persönlich überhaupt nichts zu tun.

J. V.: (unleserlich).

*

Diese Berichtigung sendet uns nicht etwa Se. Exzellenz, sondern wir erhalten sie vom Magistrat des schönen Städtchens Schmiedeberg. Wir haben wirklich noch keine so schwache Berichtigung erhalten. Die Rechnung lautete auf den Namen der Badeverwaltung. Aber von „den in Ansatz gebrachten Kosten betrifft nur ein Bruchteil die Badeverwaltung, denn es waren nur „zwei Vertreter der hiesigen Badeverwaltung zur Begrüßung anwesend"! Ei ei, dann hat also nach dieser der „Herr Wohlfahrtsminister mit Familie, sowie einer Anzahl (?) auswärtiger Herren" die Zeche allein gemacht. Eine prompte Bestätigung unserer Behauptungen. Allerdings begreifen wir einfach nicht, wieso Se. Exzellenz dann „mit der Angelegenheit persönlich überhaupt nichts zu tun" hat? Es bleibt nur übrig, daß die Zunahme und Abgabe der „Bruchteile" von Exzellenzen durch Stellvertreter, evt. durch Gemeindehäupter vorgenommen wird. Das wäre aber eine vollkommene Umkrempelung unserer bisherigen Ansichten über den Stoffwechsel der Menschen ....

Der liebe Magistrat verlangt von uns ferner „mittels beigefügten Freiumschlages" den Namen des Berichterstatters zu wissen. Sehr freundlich, der Freiumschlag nämlich. Aber welche Absicht kann sich wohl nur hinter dieser neugierigen Frage verbergen? Sicherlich soll unser Berichterstatter eine ähnliche Zeche wie Se. Exzellenz auf Kosten der Badeverwaltung machen dürfen. Schade, daß unser Berichterstatter ein solider Mann ist, der keine Weine und Liköre trinkt. Darum sind wir leider gezwungen, das liebenswürdige Anerbieten abzulehnen ... laut Redaktionsgeheimnis.

Die Briefmarke werden wir uns erlauben, dem Bureau der „Roten Hilfe" zur besonderen Verwendung zu überweisen und bitten, diese Marke dementsprechend im Portobuch der Gemeinde zu quittieren.

Ausschlüsse von Konsumgenossenschaften

wegen Propaganda für den Werktätigenkongreß

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 18. September wird Stellung genommen zu dem Kongreß der Werktätigen. Unter der Ueberschrift: **„Kommunistische Treibereien gegen die Konsumvereine"** wird eine starke Hetzkampagne gegen den Werktätigenkongreß und die Teilnahme der Konsumgenossenschaften gemacht. Das ganze sei „eine parteipolitische Mache", was schon die Tatsache der Unterschriften der KPD., JAH., RFB. usw. zeige. Konsumvereine, die „Auflösung (durch die Klassenjustiz) und Ausschluß (aus dem Zentralverband) vermeiden wollen, müßten sich dieser Veranstaltung völlig fernhalten". Es wird dann gegen die Konsumgenossenschaften Schwarzenberg und Suhl polemisiert, weil sie Beschlüsse für die Beschickung des Kongresses gefaßt haben. „Konsumvereine mögen kommunistische Politik treiben, soviel sie wollen — **aber außerhalb des Rahmens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.**"

Die reaktionären Führer der Arbeiterkonsumvereine haben mit dieser Stellungnahme zum Kongreß der Werktätigen den gesamten Reformisten die Zeichen gegeben, wie gegen die Unterstützung des Werktätigenkongresses vorgegangen werdn soll. **Der Klassenverrat der reformistischen Genossenschaftsführer kommt in dieser Stellungnahme zum Kongreß deutlich zum Ausdruck.** Die gemeinsame Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Regierung, den Wirtschaftsmagnaten, und die Verschacherung der Klasseninteressen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder wird von den reformistischen Führern unter dem Deckmantel der angeblichen politischen „Neutralität" betrieben und jede Verbindung mit den Klassenorganisationen des Proletariats und die Teilnahme am proletarischen Klassenkampf als mit der „Neutralität" nicht vereinbart bekämpft. **Dabei wird ständig das Schreckgespenst der Auflösung der Konsumvereine an die Wand gemalt, lediglich zu dem Zweck, um einige Konsumgenossenschaften der Klassenjustiz zu denunzieren.**

Der Kampf der reformistischen Führer gegen den Werktätigenkongreß muß für die proletarischen Genossenschaftsmitglieder der Anlaß sein, **die Anstrengungen für die Teilnahme der Genossenschaften am Kongreß zu verdoppeln.** Die Drohungen der Reformisten werden sich nicht verwirklichen lassen, wenn es gelingt, in größerem Maße eine Unterstützung des Kongresses durch die Konsumgenossenschaften zu erreichen. **In allen Konsumvereinen, in denen jetzt General- und Vertreterversammlungen stattfinden, muß Abrechnung mit dem neuen Angriff der reformistischen Führer gehalten werden.** Es muß gelingen, einen energischen Druck der Mitglieder gegen die reformistischen Führer zu erzeugen. **Auf dem Werktätigenkongreß müssen die Arbeiterkonsumvereine mit den übrigen proletarischen Klassenorganisationen vertreten sein.**

Steuerprotestversammlung der Zeitzer Handwerker und Gewerbetreibende

Steuerraub der Regierung — „... einfach nicht mehr gefallen lassen" — Einheitsfront — Keine Phrasen: gemeinsamer Kampf

Am 28. September fand im „Schützenhaus" eine gut besuchte Protestversammlung statt, einberufen vom Verein für Handel und Gewerbe und dem Hausbesitzerverein. Die Wirtschaftspartei, die angebliche Führerin des Mittelstandes, versuchte durch die Referenten Kockel, Magdeburg, und Gerber, Halle, den „steuerlich" Unterdrückten die „richtige Marschroute" anzugeben. Der Provinziallandtagsabgeordnete Kockel entpuppte sich, speziell im Schlußwort, als ein wildgewordener reaktionärer Monarchist. Das Referat entstellte die einfachsten Begriffe der Volkswirtschaft. Trotzdem kritisierte Kockel das brutale Gebahren der Finanzämter. Vor seiner Vergnügungsreise nach Spanien habe der Finanzminister Dr. Reinhold

den Gerichtsvollziehern schärfste Anweisungen

gegeben. Dr. Reinhold ist nur für die Schwerindustrie und für die Hochfinanz zu sprechen. Der „staatserhaltende" Mittelstand wird bis aufs Hemd ausgeplündert. Dem Mittelstand fehlt der revolutionäre Geist, gegen diesen Staat zu kämpfen, doch neben manchem richtigen Gedanken brachte er die ollen Kamellen, z. B. vom Umsturz 1918 als der Wurzel alles Uebels, zu Gehör.

Gerber, Halle, schilderte in sachlicher Weise die Auswüchse des jetzigen Steuersystems. § 56 des Einkommensteuergesetzes werde nicht genügend vom Mittelstande berücksichtigt. Die Regierungsgewaltigen sind stark mit der Industrie verknüpft und streichen große Summen als Aufsichtsratsmitglieder ein. Wenn die Regierung ihre Politik nicht ändert, müßte **ein Steuerstreik** in Erwägung gezogen werden. Die Lasten des Dawes-Planes werden das Elend des Mittelstandes noch vergrößern.

Die Einheitsfront aller steuerlich Unterdrückten

muß hergestellt werden. Der Mittelstand muß sich organisieren.

In der Diskussion sprach der „Verlegenheitsrepublikaner" — und Hitler-Jünger „Musterpädagoge" Dr. Ihlenburg: Die Nationalsozialisten sind für den Mittelstand. Wir brauchen eine starke Staatsgewalt. (Aber keine kapitalistische Severingscher Couleur! D. V.) Die SPD. und die reaktionären nationalen Kreise um Döring und Richter wählten den tapferen Teil und blieben der Versammlung fern. Das Verständnis für die steuerlichen Ungeheuerlichkeiten scheint in jenen Kreisen sehr schwach zu sein. Man sitzt ja gemeinsam in der Regierung und führt strikte die Steuermaßnahmen im Interesse des Schwerkapitals durch.

Trotz der beschnittenen Redezeit (zehn Minuten) zeigte Genosse Gutjahr dem Mittelstand die Mängel ihrer Bewegung auf. Im 20. Jahrhundert ist kein Platz für spießbürgerliche Anschauungen. Der Mittelstand muß wählen zwischen: gegen oder

für den Kampf der Arbeiterklasse.

Die Industrie steht im Zeichen der Konzentration. Alle Lasten werden auf die Werktätigen abgewälzt. Auf Kosten der Wohlfahrtspflege werden die Etats balanciert. Die Steuersabotage der Industrie wird begünstigt durch die Gesetzgebung. Der Steuerstreik ist nur dann von entscheidender Wirkung, wenn der Mittelstand sich auf einen starken politischen Faktor stützen kann. Deshalb ist es notwendig, mit den alten Traditionen zu brechen. Werft den Standesdünkel beiseite! Stärkt die Kampffront aller Unterdrückten!

Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 28. September im „Schützenhaus" in Zeitz versamm Handwerker, Gewerbetreibenden und Hausbesitzer stellen ein fest, daß die Belastungen in steuerlicher Beziehung jetzt und die Zukunft **nicht mehr tragbar** sind. Zu wiederholten Malen von der Reichsregierung erklärt worden, daß Steuererleichterun Rücksichten aller Art und letzten Endes eine klare, jedem erl liche Steuergesetzgebung durchgeführt werden sollen. Diese sprechungen haben sich aber bisher nur als **leere Phrasen** erwie Es wird daher mit allem Nachdruck gefordert, daß die allgem Belastung in Einklang gebracht wird mit der **Tragfähigkeit** Betriebe des Mittelstandes.

Es wird ferner die Einführung einer **Einheitssteuer** gefor aus der sämtliche Kosten des Reiches, der Länder und der Gem den zu bestreiten sind. Dementsprechend sind die Steuerbehö abzubauen, wodurch erhebliche Ersparnisse erzielt werden könn

Es wird von den anwesenden Handel-, Handwerk- und Gew treibenden und Hausbesitzern auf das bestimmteste erk daß sie bei einer Weigerung der verschiedenen Regierungen sich unerträgliche Belastung einfach nicht mehr gefallen l sen werden!"

*

Interessant ist, daß die „Zeitzer Nachrichten" und der „Vol bote" diese Resolution nicht veröffentlichen ...

Diese Entschließung ist der Anfang, die erste Etappe. Von aus muß weiter gebaut werden. Die Wirkungen der Ratione sierung, die steuerlichen Maßnahmen und die offene Diktatur Hochfinanz treiben Mittelstand und Arbeiterklasse zur gem samen Abwehr. Geschickt verstehen die Kapitalisten Organisatio zu gründen, um die vom Mittelstand drohenden Gefahren ab fangen. Wirtschaftsparteien, Bürgerblockvereinigungen usw. pr **gen politische Neutralität, aber Kampf gegen links! Der Kam gegen Steuern** ist für diese Grüppchen nur Attrappe, mit der politisch ungeschulten Kleinbürger eingefangen werden sollen. man gegen die Steuern ankämpfen, ist notwendig, gegen die sachen der jetzigen Steuerpolitik anzukämpfen.

Nur der Kampf, den die Kommunisten gegen die Klasse der Au beuter führen, verbürgt einen Erfolg. Ohne die Zusammenfassu aller Unterdrückten zum Massensturm gegen die Imperialisten u Reaktionäre aller Schattierungen gibt es keinen Ausweg.

Wo ist der Protest des Mittelstandes gegen die Zahlung Pensionen (½ Milliarde Mark) an die Offiziere der kaiserlich Armee?

Warum verzichtete der Mittelstand bei der Fürstenenteignu auf Unterstützung der Kommunisten in ihrem Kampfe und begü stigte den 3-Milliardenraub der fürstlichen Verbrecher?

Wo bleibt der Protest des Mittelstandes gegen den Platzhal der Monarchie, den Reichspräsidenten Paul Hindenburg?

Wo bleibt der aktive Kampf gegen den Aufwertungsschwind den das Ideal des Bürgers, Hindenburg, unterzeichnete? in dem Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf und sonstigen nationa Verbänden organisiert ist, hat kein Recht, gegen die Steuern rebellieren. Etwas mehr Konsequenz! Brecht mit allen Ueb lieferungen! Der Mittelstandt ist vor die Wahl gestellt. G...

Merseburg-Querfurt

„Roter Alarm" im Hertzog-Krähwinkel Merseburg

Die Schutzpolizei übt mit den roten Frontkämpfern Massenaufmarsch — Gewaltige Protestversammlung gegen die Diktaturherrschaft des Oberbürgermeisters

Am vergangenen Freitag hatte der Rote Frontkämpferbund abermals Massen auf die Beine gebracht — und zwar ganz impulsiv, ohne jede Voranzeige. Punkt ½8 Uhr setzten sich vier rote „Alarm"-Kolonnen von den verschiedensten Grenzpunkten der Stadt aus in Bewegung. Ein Trompeter, der bei jeder Gruppe vorhanden war, schmetterte ein Signal; darauf wurden überall in den Häusern die Fenster aufgerissen. Die erprobten Sprechchöre setzten ein:

Heraus zur Versammlung — alles nach dem Markt — ein roter Kurier kommt — alles nach dem Markt — tausend Menschen sind schon anwesend — alles nach dem Markt — wer nicht kommt, verpaßt etwas — alles nach dem Markt!

Darauf gingen die Kolonnen im Dauerlauf hundert Meter weiter vor und wiederholten dasselbe. Es dauerte gar nicht lange, da war alles mobil auf den Straßen. Auch die klassenbewußten Schupoleute kamen, um die Hornisten zu haschen. Es gelang ihnen aber nicht, immer wieder ertönte aus den Straßenecken Trompetenklang. War ein Schupomann auf dem Roßmarkt, so blies es in der Breiten Straße, war er in der Breiten Straße, so blies es in der Saalstraße, war er in der Saalstraße, so blies es auf dem Brühl. So ging es durch die ganze Stadt. Die „rote" und die „grüne" Front liefen miteinander um die Wette. Es ging ja um die schönen blanken Signalhörner des Spielmannszuges. Bis um 8 Uhr dauerte der Spaß. Die „Alarm"-Kolonnen traten nacheinander auf dem Marktplatz an.

Hunderte von Menschen waren schon versammelt, immer mehr kamen hinzu. Sogar das höchst überflüssige Ueberfallkommando war zur Stelle. Kein Mensch ließ sich dadurch verblüffen. Der rote Kurier, der aus Halle erschienen war, schilderte die Situation, die durch den Erlaß des sozialdemokratischen Innenministers Severing entstanden ist. Er ging dann scharf ins Gericht mit dem reaktionären Bürgermeister und der reaktionären Polizeiverwaltung von Merseburg, die diesen Erlaß als **gefundenes Fressen gegen den hiesigen Frontkämpferbund ausnutzen.** In seiner parteipolitischen Einstellung hat Herr Hertzog die „aufblühende Ind striestadt" Merseburg zum Krähwinkel gemacht. **Nach 8 Uhr abe darf kein Furz mehr gelassen werden!** Weite Kreise der Ei wohnerschaft sind empört über das Verhalten der Polizeiverw tung.

Hunderte von Unterschriften hat der Frontkämpferbund bis j gesammelt auf Listen, die den Vermerk tragen, daß die Unterze ner die Musik des Frontkämpferbundes nicht als Belästigu empfinden, daß sie diese Umzüge vielmehr als ein Recht anseh das jedem Verein zusteht!

Die Unterschriftensammlung wird weiter gehen, damit He Hertzog einmal die wahre Einstellung „seiner" Einwohner kenn lernt. Die roten Frontkämpfer und revolutionären Arbeiter Merseburgs lassen sich die wenigen Staatsbürgerrechte, die sie noch b sitzen, nicht durch willkürliche Polizeimaßnahmen beschneiden. allen Aufmärschen der roten Front ist bisher alles glatt und bungslos verlaufen. Wenn den Herren im Rathause etwas dar liegt, daß sich keine unliebsamen Dinge ereignen, dann sollen ihre Aktion gegen den Frontkämpferbund nicht auf die Spitze tr ben. Die rote Front wird das Feld behaupten, trotz aller Poliz maßnahmen. Weg mit dem Severing-Erlaß, nieder mit der R aktion! Spontan sang die Masse den alten Schlachtgesang, d „Internationale".

Nach der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug, d seinen Abschluß auf dem Neumarkt fand. Die Schutzpolizei setzte s an die Spitze des Zuges und nahm in kameradschaftlicher Weise a dem Umzug teil. Das wuchtige Auftreten de roten Frontkämpf imponierte den vorübergehenden Passanten. Mehrere Male wur von bürgerlichen Leuten „Bravo" gerufen. Weiter so, Kamerade je nach der Situation, Umzug mit Musik, „stille" Demonstratio „roter Alarm" oder noch andere Methoden, immer wieder Her **an die Massen! Es lebe die Aktivität!**

Bad Lauchstädt. Eine feine Reklame. Die bürgerlich Presse meldet: Die ältesten Einwohner. In unserem kleinen hist rischen Badeort gibt es neun Männer und elf Frauen, die da Alter von 80 bis 88 Jahren dank der Quelle unseres Gesundbru nens und der guten reinen Landluft erreicht haben ... Sollt nicht auch anderswo — ohne Gesundbrunnen und Landluft — Me schen über 80 Jahre alt werden? In den Berg- und Chemiehöll dürften freilich nicht viel angetroffen werden, die sich eine so hohen Alters erfreuen können.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Bergholz ...

(Arbeiterkorrespondenz)

An der Spitze des Zeitzer „Volksboten" steht ein Mann, de eigentlich längst schon kein Mann mehr ist. Es war in den Jahre 1920 und 1921, als manche ehrlichen Proleten auf diesen Scha spieler hereinfielen, aber es dauerte nicht lange: Man erkannte de Phrasateur — und für die revolutionäre Arbeiterbewegung wa er erledigt. Zu seinem Glück fiel es einem Staatsanwalt in Naum burg ein, diese ganz harmlose Person zum Märtyrer zu stempeln.

Doch auch diese schöne Zeit ging vorüber, und um nun sich wei interessant zu machen, mußte Herr Bergholz zu einer neuen Se sation greifen. Und siehe da. Er legte sich den bei allen Reakti nären und Weißgardisten gangbaren Artikel „Bolschewistenhetze" Daß er sich dabei auf das Weissagen verlegen und der KPD. wied einmal das Sterbestündlein prophezeien mußte, war selbstverstän lich. O weh! Da trat in diesem Artikel eine für ihn gefährli Konkurrenz auf. Es bemühte sich mit ihm um die Wette ein neu Chefredakteurkandidat für die „Volkszeitung", in dem besagt Artikel „Bolschewistenhetze" ein größeres Lob bei den Wels u Hilferding zu verschaffen. In einem solchen „geistigen" Wettstr erlahmen auch die Kräfte des bergfestesten Holzes und Herr Be holz schien sehr erholungsbedürftig. Man hieß ihn seine Ko

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0006

[illegible] sechs bis acht Wochen ins Bad reisen. Natürlich [illegible]esgemäß zu geschehen. Da Belgien bei der SPD. [illegible] er in dieses gesegnete Land Vanderveldes und [sch]rieb einige Reiseerlebnisse für den „Volksboten", um bei den [Ar]beiten den Anschein zu erwecken, als ob man sich studienhalber [d]ort aufhielte und den „praktischen Sozialismus" studieren wolle. Die Proleten freilich kratzten sich hinter den Ohren: Wer sich jetzt sechs Wochen mit Kind und Kegel im Bad vergnügen kann, der kann wirklich nicht mehr als Prolet fühlen. Und an das im Interesse des Klassenkampfes die Nerven stärken", wollte kein Arbeiter so recht glauben. Scheinbar ist statt einer Stärkung eine weitere Schwächung der Nerven eingetreten. Das beweist am besten ein mit „Kommunistisches" überschriebene Leitartikel Bergholzens. Es ist wirklich ein sonderbares Gedankengemisch, was wir dort antreffen: Eheprobleme, Führergeschichten, Rußlandsdelegationen, Weltrevolution und was alles noch kreuz und quer durcheinander geworfen wird. Wir müssen wirklich die Leser bedauern, die sich diesen Kohl vorsetzen lassen. Wer vernünftig ist, der müßte gerade aus diesem, dem Gott Kapital wohlgefälligen Artikel die Lehre ziehen: Heraus mit so einer Zeitung aus meinem Hause!

Weißenfels. Bevölkerungszahl am 1. September 1926: Es zogen von außerhalb zu 444. Dagegen zogen nach außerhalb 289 Personen, so daß 37 883 Menschen in Weißenfels wohnen.

Freyburg. Mißglückter Einbruch. In der Nacht wurde ein Einbruch in die Gerichtskasse des hiesigen Amtsgerichts verübt. Den Dieben gelang es, durch Zertrümmern einer Fensterscheibe, einen Fensterflügel zu öffnen und so in den Raum einzudringen. Es wurde ein Schreibtisch erbrochen. Geld oder sonstige Wertgegenstände fielen den Einbrechern aber nicht in die Hände. Lediglich ein einfacher Stempel, der für den Dieb gar keinen Wert haben kann, wird vermißt.

Zeitz. Opfer des Kapitals. Am Freitag verunglückte der bei der Firma Topschall beschäftigte Maurer P. Hartmann, Turmstraße, dadurch schwer, daß er in die Transmission bei der Firma Weiße & Kruhne geriet. Hartmann, der Familienvater von mehreren Kindern ist, erlag im Städtischen Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. Nur der Profitgier der kapitalistischen Gesellschaft ist dieser Proletarier zum Opfer gefallen, denn der Profithunger ließ es nicht zu, während dieser Arbeiten die Transmission für kurze Zeit stillzulegen, sondern die gefährlichen Arbeiten, in der Nähe der Transmission, mußten während des Betriebes durchgeführt werden.

Rasberg. Zu einer machtvollen Kundgebung für die Freidenkerbewegung gestaltete sich die Einäscherung des Kollegen M. Kunze. Der Freidenker Bischoff aus Gera sprach am Sarge Worte des Trostes. Er zeichnete den Lebensgang des Verstorbenen, der ein echter Proletarier war. Der Volkschor ehrte den Toten durch das schöne Lied: „Ein Sohn des Volkes . . ." Hierauf folgte ein stattlicher Zug dem Sarge zum Dorfe hinaus. Dann entschwand das Bestattungsauto in der Richtung nach Gera. Was sollten nun die Arbeiter hieraus gelernt haben? Sie sollten alle aus der Verdummungsanstalt Kirche treten! Die Worte der Pastoren stehen zu sehr im Widerspruch zu ihren Taten. Diese Leute schaffen sich den Himmel auf Erden. Darum muß unsere Parole sein: Keinen Pfennig den Schwarzkitteln, Kampf für ein besseres Los auf Erden.

Neues aus aller Welt

Die Schatzgräber

Vom Juwelenraub in der Tauentzienstraße — Beim Mondenschein — Verfolgungskampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

Von der großen Sensation der bürgerlichen Presse ist nicht viel geblieben. Das Juwelenraubgeheimnis ist gelüftet, der Spuk im nächtlichen Mondenschein verflogen und die arme bürgerliche Presse gezwungen, sich um neuen Stoff zu kümmern.

Der Juwelenräuber Spruch hat sich als ein ganz kleiner Verbrecher erwiesen, der auch einmal einen großen Fischzug machen wollte. Durch Gegenüberstellung mit den Eltern und Geschwistern brach er zusammen und gab das Juwelenversteck preis. Fort ging es mit zwei Automobilen in nächtlicher Fahrt nach Friedrichshagen, wo die Juwelen vergraben liegen sollten. Am Elektrizitätswerk wurde abgestoppt. Im hellen Lichtkegel der Scheinwerfer ging es in die Nacht hinaus, an einen Buschgraben. Wieder wurde eine bestimmte Wendung vollführt und nach genau abgezählten Schritten stand man vor einer Gruppe hochgewachsener Föhren. Eine trägt in ihrer Rinde ein im Scheinwerferlicht deutlich erkennbares Zeichen, das einen Halbmond darstellt.

Der Mond beleuchtet gespenstisch die Szene.

Man gräbt und gräbt und findet bald ein Einmacheglas, in dem wieder eine Schachtel aus Aluminium und in dieser, sauber in Watte verpackt, die wertvollsten Stücke aus der Juwelenbeute. Eine Perlenkette im Werte von 24 000 Mark kommt zum Vorschein, dann noch ein großer Brillantring und verschiedene wertvolle Ohrringe . . .

Nun ist man noch bestrebt, die Komplicen Schmiede-Paul und Sonja zu erwischen. Dafür wurden die beiden Schwestern Spruchs verhaftet und am Sonntag erneut vernommen. Es ergab sich, daß Spruch nach der Tat bei seiner Schwester Charlotte erschien, ihr den ganzen Hergang erzählte und einen großen Teil der Beute zur Aufbewahrung übergab. Als der Vater das erfuhr, war er sehr erregt, verbot dem Sohne die Wohnung und wollte auf keinen Fall dulden, daß von dem Diebesgut auch nur ein Stück in seiner Wohnung untergebracht würde. Jedoch gelang es Frau und Tochter, den Vater von einer Anzeige abzubringen. Ja, die Schwester gab von ihrem Ersparten dem Bruder 100 Mark, um ihm die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Als die Familie die Nachricht von der Verhaftung Spruchs las, kämpfte sie mit dem Gedanken, die anvertrauten Juwelen in die Spree zu werfen. Doch am gleichen Tage noch vergrub man den Schatz im finstern, finstern Grunewald.

Wahrlich, eine herrliche und amüsante Geschichte für den gesättigten Spießer. Das braucht er zur Befriedigung seiner sensationslüsternen Sinne! — Die Nummer ist beendet. Was wird die nächste bringen?

Typhus im polnischen Korridor

Nach Meldungen aus Thorn ist im polnischen Korridor eine Typhusepidemie ausgebrochen. Im Konitzer Kreis sind gestern 44 Typhuserkrankungen festgestellt worden. Die Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um ein Uebergreifen der Epidemie auf deutsches bzw. Danziger Gebiet zu verhindern.

Typhus in Holland

In Breda ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind 60 Personen erkrankt. Auch aus der Provinz Süd-Brabant werden Typhuserkrankungen gemeldet.

Drei Bergleute verunglückt

In der alten Kohlengrube Saint Marie aux chênes bei Straßburg ereignete sich ein Bruch des Förderseiles, (!) mit dem drei Bergleute in die Grube fuhren. Der Korb stürzte in den Sumpf. Die drei Insassen wurden getötet. — In alten Kohlengruben sind auch die neuen Methoden der Ausbeutung und die Rationalisierung in furchtbarer Anwendung.

Vor dem Hunger in den Tod

Beim Heidekrautsuchen fanden in Blankenburg im Harz junge Leute in der Wolfsschlucht in sitzender Stellung einen anscheinend schlafenden jungen Mann. Beim Hinzutreten bemerkten sie indessen, daß sie es mit einem Toten zu tun hatten, der sich erhängt hatte. Neben ihm lag ein Strauß Heidekraut. In seiner Tasche befand sich ein Abschiedsbrief, aus dem hervorgeht, daß der Tote ein 28jähriger Reisender aus Halberstadt war, der aus dem Leben schied, weil er es satt hatte, sich im Kampf ums Dasein zermürben zu lassen.

Gefaßte Taschendiebin

Seit einem Jahre wurden in Aschersleben fortgesetzt Damen auf dem Wochenmarkte die Portemonnaies mit Inhalt aus den Taschen und Körben gestohlen, ohne daß es bisher gelang, die Diebe zu ermitteln. Auf dem letzten Wochenmarkte wurde nun eine hiesige Ehefrau als die Diebin festgehalten. — Was wird die Frau zu diesen Taten getrieben haben?

Eine 5000 Jahre alte Urne aufgefunden

In Plötzkau fand man bei Abräumungsarbeiten in einer Sandgrube, die links der Straße Plötzkau—Alsleben dicht am Dorf liegt, erneut einen prähistorischen Ueberrest. Es handelt sich um eine einzelne Urne, wie sie von gleicher Größe bisher bei Plötzkau nicht gefunden worden ist. Bei einem Durchmesser von 90 Zentimetern ist sie in unbeschädigtem Zustande sicher über 30 Zentimeter hoch gewesen. Der Leichenbrand ist vollständig von Erde durchdrungen. Reste eines anderen Gefäßes, das mit Warzen versehen war, fand sich im Innern. Die Zeit der Einsenkung ließ sich noch nicht genau bestimmen. Alle Anzeichen deuten aber auf die jüngere Steinzeit, so daß die Urne wohl an die 5000 Jahre in der Erde liegen wird. Sie ist also noch 2000 Jahre älter als die letzten bronzezeitlichen Funde.

Mansfelder Kreise

Kompol-Konferenz Mansfeld

Zur Besprechung der im Industriegebiet der beiden Mansfelder Kreise dringend notwendigen Eingemeindungen berufen BL. und UBL. auf

Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, bei Lewandowski, Klostermansfeld,

eine Konferenz aller kommunistischen Gemeindefraktionen des Eingemeindungsgebietes ein. Die Fraktionen müssen vollzählig vertreten sein. Es ist erwünscht, daß auch die Parteileitungen aus den betreffenden Ortschaften vertreten sind.

Es müssen erscheinen: Unter- und Oberwiederstedt, Hettstedt, Großörner-Molmeck, Burgörner, Siersleben, Thondorf, Leimbach, Mansfeld, Klostermansfeld, Benndorf, Helbra, Ziegelrode, Ahlsdorf, Hergisdorf, Creisfeld, Wimmelburg, Wolferode, Helfta, Volkstedt, Eisleben.

Der Eingemeindungsentwurf ist den Fraktionen brieflich zugesandt worden. Sie müssen in dieser Woche in einer Sitzung dazu Stellung nehmen. **BL., Pol. und Kompol.**

Eisleben. Der Magistrat schreibt uns: In der Eingemeindungsangelegenheit eines Teiles der Gemeinde Helfta zu Eisleben verbreitet der Gemeindevorstand zu Helfta zurzeit eine Denkschrift. Mit vielen Worten, die zum Teil Sachlichkeit und Objektivität vermissen lassen, wird versucht, die Eigentümer der in Frage kommenden Grundstücke zu einem Verbleiben bei der Gemeinde Helfta zu veranlassen. Das seinerzeit von der Stadt Eisleben veranstaltete schriftliche Abstimmungsverfahren hat bekanntlich eine geradezu überwältigende Mehrheit für die Eingemeindung des fraglichen Geländes zu Eisleben ergeben.

Die in Frage kommenden Grundstückseigentümer werden in ihrem Interesse daher gut tun, die von der Gemeinde Helfta jetzt gewünschte nochmalige zwecklose Abstimmung abzulehnen bzw. eine Erklärung nicht abzugeben, da das Abstimmungsergebnis der ersten Abstimmung bereits dem Bezirksausschuß vorliegt.

Eisleben. Die Erwerbslosigkeit im Bezirk des Arbeitsamtes Eisleben. Am 1. Oktober waren an Erwerbslosenunterstützungsempfänger im Bezirk des Arbeitsamtes Eisleben vorhanden: Personen über 21 Jahre 862 (892), Personen unter 21 Jahren 67 (73), weibliche Personen überhaupt 1 (1), zusammen 930 (966), Zuschlagsempfänger, Ehefrauen und Kinder 1296 (1338).

Görsbach bei Nordhausen. Kreuz und Paragraph. Am Freitag, dem 22. September, sollte der 75jährige verstorbene Landarbeiter Fritz Vopel beerdigt werden. In letzter Minute sagte Herr Pfarrer Intemann ab, die Grabrede zu halten. Warum? Weil der Tote nicht kirchlich getraut war. Der Pfarrer beruft sich dabei auf ein Gesetz der Grafschaft Stolberg, wonach bei einem nicht kirchlich getrauten Einwohner ein hiesiger Pfarrer keine Grabrede halten darf. Der Pfarrer von Urbach hielt dann die Grabrede. — Einwohner von Görsbach, denkt einmal über folgendes nach: Der Pfarrer Intemann hat die Kirchensteuern des Landarbeiters Vopel nicht zurückgewiesen, er weigerte sich nicht, an das Sterbebett zu eilen und Vopel das Abendmahl zu geben (dem Pfarrer wurde das bezahlt); er weigerte sich aber, die Grabrede zu halten, weil in der Grafschaft Stolberg eine alte, von der besitzenden Klasse geschaffene Bestimmung besteht! So dumm diese Sache ist, so bezeichnend ist sie. Aus ihr sollten alle Arbeiter die richtige Lehre ziehen, dem Pfaffen den Rücken kehren und sich der revolutionären Front anschließen.

Bitterfeld-Wittenberg

Erwerbslose des Kreises Wittenberg!

Am Dienstag, dem 5. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet in Wittenberg, Kollegienstraße Nr. 62, Zimmer Nr. 8, eine Kreis-Erwerbslosenausschußsitzung mit wichtiger Tagesordnung statt.

Sämtliche Orte des Kreises Wittenberg müssen zu dieser Sitzung vertreten sein.

Kreis-Erwerbslosenausschuß Wittenberg, Bezirk Halle.

Erwerbslosenversammlung in Wittenberg

Am Dienstag, dem 28. September, vormittags 10 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus zu Wittenberg eine Erwerbslosenversammlung statt. Der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses, Kollege Pottschulze, bemängelte zunächst — mit Recht — den schwachen Besuch der Versammlung. Er gab dann in großen Zügen einen **Bericht von der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz** in Halle. Scharf kritisierte er ganz besonders, daß kein Gewerkschaftsvertreter dort anwesend war, trotzdem zahlreiche Gewerkschaftsbeamte zur selben Zeit im „Volkspark" zu einer Sitzung anwesend waren. Seine Ausführungen riefen eine lebhafte Diskussion hervor. Die Kollegen wandten sich besonders gegen das Verhalten der Gewerkschaftsinstanzen, die sich konsequent weigern, Erwerbslose in die Gewerkschaften aufzunehmen.

In längeren Ausführungen sprach dann der Kollege Behnke über die **Lage der Erwerbslosen.** Sie gipfelten in der Aufforderung, unermüdlich an der Herstellung der einheitlichen Front aller Werktätigen zu arbeiten. Der erste große Erfolg müsse erzielt werden bei der Vorbereitung und dem Zustandekommen des Kongresses der Werktätigen.

Diesen Worten wurde von allen Seiten beifällig zugestimmt, ebenso dem Bericht und den Ergebnissen der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz. Von vielen Kollegen wurde betont, daß auch am Orte die Haltung der Gewerkschaftsinstanzen in bezug auf Zusammenarbeit noch vieles zu wünschen übrig lasse. **Einzig die kommunistische Stadtverordnetenfraktion habe bisher unermüdlich und zielbewußt die Interessen der Erwerbslosen in der Stadt Wittenberg vertreten.**

Es wurde dann eine **Erweiterung des Erwerbslosenausschusses** vorgeschlagen, um die Arbeiten mehr zu verteilen. Die Kollegen Behnke, Kinsing und Hanappel wurden einstimmig gewählt.

Nach Entgegennahme einiger Anträge, die unter anderem vorsehen Listenkontrolle bei Notstandsarbeiten durch den Erwerbslosenausschuß, dessen Anerkennung durch das Gewerkschaftskartell, Belieferung von Brennmaterialien und Kartoffeln durch die Stadt, und mit deren Weiterleitung der Erwerbslosenausschuß beauftragt wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenberg. Stadtdelegierte der KPD. Am Montag, dem 4. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im „Schützenhaus", Kleinwittenberg, eine Konferenz der Stadtdelegierten statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung hat jeder Delegierte pünktlich zu erscheinen. **Die Stadtleitung.**

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz

Dommitzsch. Achtung! Mittwoch, den 6. Oktober, große öffentliche Mittelstandsversammlung im „Roten Hirsch" abends 8 Uhr. Thema: „Die wirtschaftliche Lage und der Kongreß der Werktätigen." Referent: Reichstagsabgeordneter G. Rosenberg.

Mühlberg. Um die Kanalisation. Nach einem Vortrag des Bürgermeisters Knoche über die letzten Verhandlungen in der Angelegenheit des Elbe-Spree-Oder-Kanals beschlossen die Stadtverordneten einstimmig, dem Elbe-Spree-Oder-Kanalverein zu Kottbus als Mitglied beizutreten.

Dubring (Kr. Hoyerswerda.) Ein 11prozentiger Lohnabbau ist auf dem hiesigen Steinwerk eingetreten. Das Werk hat angeblich auch der Bahnverwaltung gegenüber den Bezugspreis für Steinmaterial dementsprechend herabsetzen müssen. — Das darf sich die Arbeiterschaft auf keinen Fall gefallen lassen! Die Löhne sind schon so schlecht, daß ein 11prozentiger Abbau für viele Familien zur Katastrophe wird. Mögen die Herren Besitzer auf ihren Profit verzichten! Zu erreichen ist natürlich nur etwas durch organisiertes Vorgehen der Arbeiterschaft.

Wainsdorf. Das sieht Euch Vaterlandsrettern ähnlich! Seit hier in unserem Orte zwei Turnvereine bestehen, ist oft der Teufel los. Wie man z. B. hier gegen die Arbeiterschaft vorgeht, zeigen folgende Fälle. Vor noch nicht langer Zeit griff man den Arbeiter V. tätlich an, und vor kurzem wieder den Arbeiter W. Wer nun glaubt, daß die bürgerlichen Heloten ihre „Heldentaten" begehen, wenn mehrere Proleten beisammen sind, der irrt sich gewaltig. Nur wenn ein einzelner Prolet in ihrer Nähe ist, fühlen sie sich stark. Warum so feige? Nicht wahr, das Wachsen und Gedeihen der proletarischen Bewegung im Orte ist Euch ein Dorn im Auge? Nur so weiter, aber es kommt die Zeit, wo auch Ihr hundertprozentige Zinsen bekommen werdet. Und insbesondere ein Herr M., der glaubt, auf Grund seiner paar Stückchen Vieh das Wort im Orte zu haben, wird in Zukunft eines anderen belehrt werden müssen.

Falkenberg. Den Wucherern das Handwerk gelegt! Den Punkt des regsten Interesses in der Gemeindevertretersitzung vom 27. d. M. bot die Erbsgartenverpachtung, die auf Vorschlag und Beschluß der Rittergutskommission bzw. des Gemeindevorstandes meistbietend erfolgen sollte. Bei den über 150 bestehenden Parzellen reflektieren über 200 Einwohner darauf. Man gaukelte den Vertretern und Hörern vor, daß durch meistbietende Verpachtung gar kein hoher Preis erzielt werden würde und zog die Ackerverpachtung als Beispiel an, gab aber immer wieder zu, daß der Erbsgarten ein sehr begehrtes Stück Land sei. Also — man wollte wuchern! Daß die kleinen Parzellen im Erbsgarten nicht mit Ackerland zu vergleichen sind und die Sache seinen Haken in der Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern sowie Setzen von Brunnen, Lauben und Zäunen hat, wollte den Wucherköpfen von rechts nicht recht einleuchten. In diesem Sinne sprach der Genosse H. und ein diesbezüglicher Antrag der SPD., die Gärten den alten Pächtern zu belassen mit einem Preisaufschlag von 50 Prozent, fand dann schließlich auch durch ein paar bürgerliche Vertreter Unterstützung. **Jeder bisherige Pächter muß bei der Gemeindebehörde nun nochmals anmelden, daß er die Parzelle weiterhin auf 6 Jahre bewirtschaften will.** Alle nicht gemeldeten Parzellen werden meistbietend verpachtet. Die Rechtler aber nennen sich „Wirtschaftsliste". Es fehlt nur noch, daß vor Wirtschaft noch das Wörtchen „Sau" gesetzt wird.

Aus der Jugendbewegung

Am kommenden Sonntag findet in Halle (Kartellzimmer des „Volksparkes") die Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes statt.

Tagesordnung:

1. **Politische Lage.** (Referent: ein Vertreter des Zentralkomitees.)
2. **Bericht der Bezirksleitung und unsere nächsten Aufgaben.** (Referent: Genosse Fritz.)
3. a) Wahl der Bezirksleitung; b) Wahl der Revisoren.
4. Organisatorisches, Anträge und Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 5. Oktober bei der BL. eingegangen sein. Dieser Termin ist von allen Ortsgruppen einzuhalten.

Am Sonnabendabend 7½ Uhr tagt der Bezirksausschuß. Alle Unterbezirksleiter finden sich bis zu dieser Zeit im Jugendsekretariat ein. Abends 8 Uhr: **Russischer Abend.** (Lichtbilder, Rede usw.) Näheres hierzu geben wir noch bekannt.

BL. des KJVD Halle-Merseburg.

Zur Beachtung!

Um unnötige Anrufe und Mißverständnisse zu vermeiden, bitten wir dringend, nachstehendes zu beachten: Es sind durch Anruf zu erreichen von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags unter

Nr. 222 51 und 210 47: Geschäftsleitung und Kasse der Produktiv-Genossenschaft, Verlag und Inseratenannahme des „Klassenkampf", und unter

Nr. 222 51: Druckereikontor (Drucksachenannahme).

Ein Anruf für obige Abteilungen nach 3 Uhr bei der Redaktion ist nutzlos, da durch Schließung der Telephonzentrale (3 Uhr) jede Verbindung mit den einzelnen Abteilungen unterbrochen ist.

Unsere Geschäftsstunden sind: Verlag Klassenkampf und Inseratenannahme von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags; in allen anderen Abteilungen von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Bei Aufgabe von Inseraten und Bestellung von Drucksachen bitten wir, die Geschäftsstunden zu beachten.

Bei Anruf der Redaktion benutze man nur die Nr. 210 45.

Produktiv-Genossenschaft.
Verlag Klassenkampf.

Werbt für den „Klassenkampf"!

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: W. Baruck, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Die bürgerliche Boxsport-Industrie

125 000 Besucher = 1 500 000 Dollar — Dem Manager 500 000!

Nachstehend bringen wir einen Auszug aus einem Artikel, der durch die bürgerliche Presse geht. Er zeigt mit aller Deutlichkeit die Verwandlung des bürgerlichen Sportes in ein nacktes privatkapitalistisches Geschäft. Wie zu allen Geschäften schlagen die bürgerlichen Zeitungen mitunter monatelang die Werbetrommel für den Kampf der „großen Kanonen“. Und richtig. Immer finden sich 10 000, 50 000, 150 000 oder noch mehr Zuschauer ein, um ja nur jede Wendung in der Schlägerei der großen Helden beobachten zu können. Und der Unternehmer lacht, reibt sich die Hände und zählt die Körbe Dollarscheine. Würden sich zwei Menschen auf der Straße so verprügeln, wie das die Box-Dollarkönige vor von Begeisterung blökenden Menschen belieben, der erste Schutzmann würde sie verhaften und einsperren.

Aber nicht nur in Amerika, sondern auch in unserem lieben, treudeutschen Vaterlande ist der Sport, und besonders der Boxsport, ein einträgliches Geschäft geworden. Nun, das nachstehende amerikanische Beispiel mag diesmal für sich sprechen. Ein weiterer Kommentar ist wirklich überflüssig, nur wollen wir einem gewissen Teil unserer Leser die Frage stellen, wie oft sie noch zu den bürgerlichen Sportveranstaltunegn gehen und sich dort ausbeuten lassen wollen. Seht Euch die Veranstaltungen der Arbeiter-Sportler an, geht zu Euren Klassengenossen!

Nun aus dem interessanten Artikel:

„Dempsay“ erhält für den Weltmeisterschafts-Kampfabend die Kleinigkeit von 450 000 Dollar, Tunney bekommt „nur“ 150 000. Aber damit ist die Rechnung nicht zu Ende. Der Staat Pennsylvania steckt 75 000 Dollar ein, das Schatzamt der Vereinigten Staaten in Washington 150 000 Dollar, zum Besten der Weltausstellung in Philadelphia sind ebenfalls 150 000 Dollar vorgesehen, und der Manager endlich reklamiert für sich den Löwenanteil von 500 000 Dollar! Man rechnete bestimmt mit 125 000 Besuchern und einer Gesamteinnahme von 1 500 000 Dollar. In der Tat: ein Geschäft!

Die oben angeführten Ziffern beweisen besser als Worte es können, wie sich der Boxsport in Amerika zur „Industrie“ auswächst. Dabei ist zu bedenken, daß Dempsay und Tunney in der großen Zahl der Boxer nur zwei Sterne erster Größe sind und daß die Masse der anderen in Wahrheit viel mehr ins Gewicht fällt. Der Staat Neuyork allein hat im letzten Jahr 1700 Boxern die Lizenz erteilt, ferner 700 Sekundanten, 360 Managern, 63 Ringrichtern, 45 Schiedsmännern, 19 Zeitnehmern und 19 Sportärzten. Selbstverständlich ist zur Organisierung solcher Boxgeschäfte ein bestimmter Fundus nötig, doch fällt es keinem Manager schwer, sich die Mittel zu sichern, denn die Finanziers beteiligen sich gern, weil das Risiko bei der Boxbegeisterung der Amerikaner gering und die Verdienstmöglichkeiten groß sind. Auch wird das Geld ja nicht auf lange Sicht angelegt; der Manager ist in der Lage, sofort nach Beendigung des Kampfes das Darlehen samt dem Profit auszuzahlen, und diese Art von Verrechnung ist selbst in Amerika in anderen „Branchen“ nicht gang und gäbe.

Das gutsituierte Publikum (!) zahlt mit Wonne für einen Platz im Stadion von Philadelphia 27 Dollar 50 Cents, der Staat tut alles, um den Manager zu unterstützen, weil er weiß, wie viele Menschen hier ihr Brot finden können, und daher ist es vermutlich nicht übertrieben, wenn Tex Rickard sagt: **Man könne sein Geld ebenso sicher im Boxsport wie in der Standard Oil Company anlegen.** Natürlich (!) ist, daß bei solcher Organisierung auch indirekt (?) viel verdient wird. Beispielsweise erhielt an dem Tage, an dem die Verlegung des Kampfes Dempsay—Tunney von Neuyork nach Philadelphia bekannt wurde, ein einziges Hotel in der Broad Street in Philadelphia 107 Zimmerbestellungen. Ebenfalls wurden die Eisenbahnen bestürmt mit Anträgen der verschiedensten Klubs, die alle ihre Extrazüge haben wollten.

Nun muß man allerdings nicht glauben, daß es immer so gewesen sei. Diese Entwicklung des Boxsports in Amerika hat sich erst im Laufe der letzten Jahre vollzogen. Es ist noch gar nicht so lange her, da kämpften Männer wie Tom Sayers und Dan Collins jeden Nachmittag ohne feste Gage, und nur dem Sieger fielen 25 Dollar zu! Dempsay hat schon früher schöne Summen verdient. Für seinen Kampf mit Carpentier im Jahre 1921 erhielt er **300 000 Dollar** und **boxte ganze 12 Minuten.**

Kennzeichnung der bürgerlichen Gesellschaft verboten!

Wir berichteten bereits über die Einweihungsfeier der vom Arbeiter-Turn- und Sportbund geschaffenen Lehrschule am 18. und 19. September. Der Weiheakt am 18. September vor geladenen Gästen, unter denen sich auch die Vertreter der Behörden usw. befanden, wurde mit allen Reden auch vom Mitteldeutschen Rundfunk aufgenommen. Als aber der Vertreter der KPD., Genosse Eberlein, sprach, schaltete man nach den ersten Sätzen den Sender aus und unterdrückte diese Rede. Der Bundesvorstand findet gegen diese Maßnahme nicht nur kein Wort des Protestes, sondern er schreibt in seinem offiziellen Bericht:

> Für die KPD. sprach Eberlein, der den Klassencharakter des heutigen Staatswesens hervorhob, die Bundesschule als Institut für Schulung eines proletarischen Führertums auf dem Gebiete der Leibesübungen proklamierte und ihrer Tätigkeit in diesem Sinne den besten Erfolg wünschte.
>
> Wir hätten dringend gewünscht, daß angesichts der Zusammensetzung der Festgemeinschaft die robuste Kennzeichnung der bürgerlichen Gesellschaft von dem Redner hintenangestellt worden wäre. Eine solche Feier ist keine Volksversammlung, das müssen wir hier klar und deutlich aussprechen.“

Weil also Genosse Eberlein klar ausgesprochen hat das, was ist, und weil er den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft kennzeichnete, deshalb durften seine Rede die Hunderttausende unter dem Ausbeutungssystem dieser Gesellschaft notleidenden Rundfunkhörer nicht hören. Und der Bundesvorstand? Er gibt zwar zu, daß Genosse Eberlein richtig ausgesprochen hatte, was ist, aber wünschte er, daß „angesichts der Zusammensetzung der Festgemeinschaft die robuste Kennzeichnung der bürgerlichen Gesellschaft von dem Redner hintenangestellt worden wäre“! Angesichts einer solchen „Festgemeinschaft“ verlangt der Bundesvorstand **Wohlanständigkeit, Phrasen und Heuchelei anstatt Klarheit über den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft.** Das entspricht nicht der Tradition und dem proletarischen Klassencharakter des Bundes. Das ist nicht Klassenpolitik, sondern **Vertuschung der Klassengegensätze.**

Aus eigener Kraft, durch die Solidarität der Arbeiterschaft ist der Arbeiter-Turn- und Sportbund groß und mächtig geworden, durch den Opfersinn der Arbeitersportler ist auch die Bundesschule entstanden. Nicht auf die Anerkennung durch die Organe der bürgerlichen Klasse und ihres Staates kommt es an, sondern auf die Anerkennung durch die Klassenorgane des Proletariats. Und darin befinden wir uns in Uebereinstimmung nicht nur mit den klassenbewußten Arbeitersportlern, sondern **mit der Arbeiterschaft überhaupt.**

Sport- und Kulturkartell Weißenfels

Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, außerordentliche Kartellsitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Delegierten ist erforderlich.

Der Vorstand.

Fußball

Der erste Kampf um die Bezirksmeisterschaft

Am gestrigen Sonntag stieg auf dem Minervaplatz am Stadion das Spiel der Favoriten der 1. und 2. Gruppe um die Bezirksmeisterschaft. Bei dem herrlichen Wetter waren zirka 2500 Zuschauer Zeugen eines Kampfes der Besten im Bezirk. Eine Rekordziffer für Halle. Wird die hallische Arbeiterschaft erwachen? Wird sie weiterhin ihre Groschen, welche sauer verdient, den bürgerlichen Vereinen, wo minderwertige Spiele bezahlter Elemente vorgeführt werden, hintragen. Sollten sich nicht die Proletarier, welche sträflicherweise ihr Geld gestern dem Radrennen der bürgerlichen Meute im Stadion opferten, schämen, um von dort aus dem schönen Kampf ihrer Klassenbrüder zuzusehen, ohne der Arbeitersportbewegung ihren Tribut zu geben. Lieber denen das Geld geben, welche uns wirtschaftlich und politisch bekämpfen, als der jungen, aufstrebenden Arbeitersportbewegung unter die Arme zu greifen. Unter den Zuschauern selbst, die Kritiker hörend, konnte man feststellen, daß hier auch Genossen waren, welche zum erstenmal sich das Spiel angesehen haben. Hier gilt es für uns Arbeitersportler, den Hebel anzusetzen, aufklärend zu wirken, und zwar in den Betrieben, Gewerkschaftsversammlungen usw. Genossen! Werbt alle, helft, daß der bürgerlichen Sportbewegung das Grab gegraben wird. Die Plätze der Arbeitersportler müssen nicht groß genug sein, die Anhänger zu fassen. Machts unseren Genossen nach in anderen Städten, wo unsere Bewegung vorherrschend ist.

Fortuna 1. Dölau — Sportverein Cröllwitz 1. 5:1 (1:1)

Dem Schiedsrichter stellten sich ¼4 Uhr beide Mannschaften in stärkster Aufstellung. Cröllwitz hat Anstoß und Dölau spielt gegen Sonne. Nach kurzer Fühlung entwickelt sich Mittelfeldspiel. Cröllwitz drückt etwas, der Torwart der Dölauer muß helfend eingreifen. In der 12. Minute unternimmt der Linksaußen Fortunas einen flotten Durchbruch, flankt an der Außenlinie. Der linke Verteidiger der Rothosen wehrt schlecht ab und lenkt den Ball, dem Cröllwitzer Torwart unter den Händen durch, zum Selbsttor ein. Cröllwitz unternimmt muntere Angriffe, welche auch in der 16. Minute durch ein Tor belohnt werden. Der Linksaußen der Kleeblätter flankt und der Halbrechte sendet durch schönen Kopfball in die rechte Ecke ein. 1:1. Der Kampf wogt auf und ab. Beide Stürmerreihen sind jedoch ungenau im Torschießen. In der 30. Minute wiederum gute Torgelegenheit für Dölau. Bei einem Durchbruch gibt der Linksaußen ab, der Torwart von Cröllwitz läuft aus dem Tor heraus und der Halbrechte der Dölauer schießt am leeren Tor vorbei ins Aus. Eine scharf geschossene Flanke des Cröllwitzer Linksaußen aufs Dölauer Heiligtum kann der Torwart mit Mühe und Not meistern. Eine sichere Torgelegenheit für Dölau wird knapp am leeren Tor vorbei zur Ecke verwandelt.

Nach Seitenwechsel setzt sich Dölau vor dem Cröllwitzer Tor fest. Alle Bälle gehen jedoch ins Aus. In der 49. Minute schießt der Mittelstürmer und Halbrechte der Dölauer scharf aufs Tor. Der linke Verteidiger der Rothosen wehrt mit der Hand ab. Elfmeter! Letzterer, gut getäuscht geschossen, landet in der linken Ecke, den Torwart der Cröllwitzer in der rechten Ecke liegen lassend. 2:1. In der 51. Minute muß der linke Läufer Fortunas infolge eines Zusammenpralls das Spielfeld auf kurze Zeit verlassen. In der 57. Minute unternimmt der Halbrechte Dölaus einen Alleingang. Der Torwächter der Kleeblätter steht in falscher Ecke und durch scharfen Schuß erzielt Dölau das dritte Tor. In der 60. Minute entsteht wiederum eine Drängelei vor dem Cröllwitzer Tor. Doch die Hintermannschaften der Rothosen klären jede Lage. Einige Durchbrüche der Cröllwitzer werden durch entschlossenes Herauslaufen des Dölauer Torwarts unterbunden. In der 62. Minute geht der Verteidiger der Rothosen seinen Gegner unsportlich an. Der Unparteiische verhängt einen berechtigten Elfmeter, welcher scharf im Netze landet. 4:1. Das Tor hatte bei Cröllwitz erhitzte Gemüter geschaffen; jedoch der Schiedsrichter fühlt etwas ab, indem von jeder Partei je ein Mann weiter als Zuschauer mitwirken durften. Der Kampf tobt weiter, einige Eckbälle auf beiden Seiten können durch Uebereifer die Torzahl nicht erhöhen. In der 72. Minute geht Dölau wiederum durch, der Torwart der Kleeblätter läuft heraus und der Linksaußen der Weißhosen schießt scharf zum fünften und letzten Tor ein. Eine totsichere Sache für Cröllwitz: der Linksaußen schießt vor dem Tor eine wunderbare Flanke, die rechte Seite ist jedoch nicht am Platze und der Ball wandert wieder ins Feld. Bis zum Schluß bleibt das Resultat von 5:1 bestehen. Gegenseitige Torbesuche werden von guten Hintermannschaften geklärt. Beim Abpfiff ertönt tosender Beifall über den Platz als erste Glückwünsche für die Mannschaft, welche am ersten befähigt ist, den Bezirk nach außen hin als Meister würdig zu vertreten, denn gegen den Meister der dritten Gruppe wird Fortuna ebenfalls siegreich bestehen. Beide Mannschaften spielten mit großem Eifer. Einen herausgreifen und loben, hieße den anderen zurücksetzen. Cröllwitz hat es seiner Spielweise nach nicht nötig, zum Teil sehr harte Noten ins Spiel zu bringen. Der Unparteiische war in seinen Entscheidungen stets korrekt.

Viktoria 1. — Bruckdorf 1. 11:0.
Askania 1. — Sportbrüder 1. 3:3.
Zörbig 1. — Sportlust 1. 2:1.

Tabelle der Serienspiele 1. Klasse

1. Gruppe						
Fortuna	9	7	2	—	28 : 4	16 : 2
ASC	9	6	—	3	24 : 10	12 : 6
Teutonia	9	3	2	4	16 : 21	8 : 10
Fichte, Ammendorf	9	2	4	3	14 : 14	8 : 10
Trotha	9	2	2	5	18 : 26	6 : 12
Wörmlitz	9	2	—	7	5 : 30	4 : 14
2. Gruppe						
Cröllwitz	9	8	—	1	40 : 12	16 : 2
Gröbers	9	3	2	4	19 : 13	8 : 10
Teicha	9	3	2	4	17 : 26	8 : 10
Lettin	9	3	2	4	16 : 19	8 : 10
Fichte, Halle	9	3	2	4	14 : 24	8 : 10
Giebichenstein	9	3	—	6	9 : 21	6 : 12
3. Gruppe						
Viktoria	10	8	1	1	39 : 16	17 : 3
Zörbig	10	7	1	2	27 : 21	15 : 5
Askania, Nietleben	11	6	2	3	26 : 19	14 : 8
Sportbrüder	10	3	4	3	16 : 17	10 : 10
Sportlust	9	1	3	5	11 : 16	5 : 13
Minerva	10	2	2	6	17 : 25	6 : 14

Amtlich. Die für Montag, den 4. Oktober irrtümlich angesetzte Vorstandssitzung findet am Montag, dem 11. Oktober, statt. Dies den geladenen Sportgenossen sowie den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis. J. A.: F. Pabst.

Handball

Fichte 1. — Ammendorf 1. 15:1.
Frisch auf 1. — 09 1. 9:2.
ASC. 1. — Dölau 1. 8:1.
Wörmlitz 1. — ABB. 1. 4:2.
Sportlust 1. — Minerva 1. 1:1.
Othello 1. — Osmünde 1. 13:1.
Adler 1. — Löbnitz 1. 5:3.
Teutonia 1. — Fichte 2. 0:2.
Seeben 1. — Sportlust 3. 9:1.
ASC. 2. — Dölau 2. 0:1.
Nietleben 2. — Canena 1. 2:6.
Wörmlitz 2. — Minerva 2. 3:1.
Othello 2. — Osmünde 2. 4:1.
Fichte 3. — Atlas 1. 8:0.
Fichte Jugend — Ammendorf Jugend 6:1.
Othello Jugend — Osmünde 10:1.
ASC. 1. Schüler — Dölau 1. Schüler 0:0.
Giebichenstein Schüler — Nietleben Schüler 3:0.
Othello Schüler 1. — ASC. 2. 11:0.

Arbeiter-Sportkartell Halle

In der Sitzung des Schulausschusses ist die Liste zur Vergebung der städtischen Turnhallen fertiggestellt und genehmigt. Ab Donnerstag, dem 7. Oktober, können die Turnhallen in Benutzung genommen werden. Eine andere Benachrichtigung erfolgt nicht, die Vereine haben sofort ihre Mitglieder anzuweisen. Es turnen in der

Luisenschule Adler, Mittwoch von 8 bis 10 Uhr und Sonnabend von 7 bis 10 Uhr.

Wittekindschule Ballspielklub Giebichenstein Freitag von 8 bis 10 Uhr.

Martinschule Germania-Felsenfest Dienstag und Sonnabend von 7 bis 10 Uhr und Sportlust Donnerstag von 8 bis 10 Uhr.

Torschule ASC. Dienstag von 7 bis 10 Uhr.

Talamtschule Eiche-International Dienstag und Sonnabend von 7 bis 10 Uhr.

Glauchaschule Fichte Montag ½8 bis 10 Uhr und Wassersportverein Mittwoch von 7 bis 10 Uhr.

Weingärtenschule Achilles Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr.

Johannisschule (oben) Sportklub 09 Montag und Donnerstag von 7 bis 10 Uhr und Fichte Mittwoch ½6 bis ½8 Uhr.

Huttenschule Othello Montag von 8 bis 10 Uhr und Atlas Dienstag und Freitag von 7 bis 10 Uhr.

Johannisschule (unten) Naturfreunde Sonnabend 7 bis 10 Uhr.

Neumarktschule ASC. Mittwoch von 7 bis 10 Uhr.

Die Turnhallen dürfen nur in Turnschuhen betreten werden. Geturnt wird nur in Sportkleidung, sonst kann die Halle entzogen werden. Eine Kommission überwacht den Sportbetrieb.

J. A.: K. Oertel.

Minerva 2. Schüler — Zwintschöna 1. Schüler 1:0.
Othello Schüler 2. — Merseburg 2. Spiel nicht ausgetragen, trotzdem Othello in Merseburg war.

ASC. 1. Sportlerinnen — Viktoria 1. 1:1. ASC. nur mit acht Sportlerinnen.
Othello Sportlerinnen — Sportbrüder 2:0.
Giebichenstein 1. — Sportlust 1. 1:0.
Minerva 1. — Sportlust 2. 1:0.
Wörmlitz 1. — Greppin 1. 1:0.

Boxer

Boxkampf Halle — Berlin

Eiche-International hatte am gestrigen Sonntag Berlin-Nordost, welcher die Kreismeisterschaft innehat, nach hier verpflichtet. Die Leistungen, welche Berlin zeigte, waren nicht das, was man von einem Kreismeister erwartet hätte. Die interessantesten Kämpfe waren der Kampf in der Papiergewichtsklasse und der Kampf im Federgewicht. Im Bantam-, Welter- und Halbschwergewicht kamen die hallischen Größen nicht voll zur Geltung, da ihre Gegner vorzeitig den Kampf aufgaben. Berlin trat ohne ihren Schwergewichtler an, wo infolgedessen der Schwergewichtskampf nicht zum Austrag kam. Dem Hauptkampf zuvor wurden drei Einleitungskämpfe gezeigt. Im ersten Kampf war Gahlies (Adler, Halle) über Sondershausen (Int.) nach Punkten Sieger.

Zum zweiten Kampf standen Dehnel (Adler, Halle) und Kupfer (Int.) im Ring. Dieser Kampf wurde von beiden Seiten hartnäckig durchgeführt und endete unentschieden. Im Papiergewicht war Wunder (Adler, Halle) über Neumann (Berlin) Punktsieger.

Nunmehr begannen die Hauptkämpfe und wurde durch Rohde (Berlin) und Sondershausen (Int.) im Fliegengewicht eröffnet, wobei nach fünf Runden Sondershausen als Punktsieger hervorging. Im Bantamgewicht standen sich Gro[…] (Berlin) und Gutsche (Int.) gegenüber. Hier sah man von vornherein eine große Ueberlegenheit Gutsches und nach der zweiten Runde gab der Berliner auf. Das Federgewicht sah gleichstarke und schnelle Gegner im Ring, und zwar Lehmann (Berlin) und Hinze (Int.). Hier sausten die Schläge hageldicht hernieder, wobei der Berliner gute Deckung zeigte. Dieser selten schöne Kampf endete, mit starkem Beifall belohnt, unentschieden. Hermann (Berlin) und Losse (Int.) im Leichtgewicht zeigten nichts Besonderes, wobei Losse in der vierten Runde den Kampf aufgibt. Im Weltergewicht betraten Martin (Berlin) und Kulze (Int.) den Ring. Dieser Kampf endete nach fünf Runden unentschieden. Im Mittelgewicht ging es ziemlich skrupulös zu. Hier hatte Sander (Int.) den Berliner Heese als Gegner. Der Berliner konnte sich an keine faire Kampfweise gewöhnen. Heese zog sich im Verlauf des Kampfes drei Verwarnungen zu und mußte disqualifiziert werden, somit war hier Sander (Int.) Sieger. Im letzten Kampf sah man Lang (Berlin) und Lyach (Int.) im Halbschwergewicht im Ring. Hier zeigte sich Lyach seinem Gegner überlegen und selber gab in der dritten Runde den Kampf auf.

Das Gesamtresultat ist: International 12 Punkte, Berlin-Nordost 4 Punkte.

Wassersport

Freie Schwimmer im Stadtbad

Am Sonntag, dem 3. Oktober, veranstaltete der Freie Wassersportverein Halle sein alljährliches Hallenschwimmfest. Unter zahlreicher Beteiligung verlief das Schwimmfest hervorragend und die anwesenden Zuschauer kamen voll und ganz auf ihre Kosten. 25 auswärtige Mannschaften nahmen daran teil. Infolgedessen mußte mit den Vorkämpfen schon am Vormittag begonnen werden. Die Hauptveranstaltung am Nachmittag wurde mit einem imposanten Umzug begonnen. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden durch herzliche Worte und legte den großen Wert des Schwimmens klar. Mit einem kräftigen „Frei Naß“ wurde die Veranstaltung eröffnet. Folgende Resultate wurden erzielt:

Männerlagenstaffel, 4×100 Meter: 1. Görlitz 5 Min. 55 Sek. 2. Plauen 6,2 Min. 3. Dresden 6,9⅗ Min.

Jugendbrustschwimmen, 16 bis 18 Jahre, 100 Meter: 1. Köhler (Lindenthal) 1,36⅘ Min. 2. Tischer (Dresden) 1,39 Min. 3. Volkmann (Roßlau) 1,39⅘ Min.

Jugendbrustschwimmen, 14 bis 16 Jahre, 100 Meter: 1. Tiebke (Berlin) 1,38⅘ Min. 2. Karsible (Lindenthal) 1,40⅕ Min. 3. Neumann (Görlitz) 1,44⅗ Min.

Frauenrückenschwimmen, 50 Meter: 1. Müller (Aschersleben) 53 Sek. 2. Eschberg (Dessau) 54 Sek. 3. Schulze (Dessau) 57⅘ Sek.

Bruststaffel, 4×50 Meter, für Vereine ohne Hallenbad: 1. Roßlau 3,5⅘ Min. 2. Leisnig 3,8 Min. 3. Burg 3,9⅗ Min.

Schwedenstaffel: 1. Görlitz 6,9 Min. 2. Jena 6,30 Min. 3. Dresden 6,35⅘ Min.

Schülerinnenschwimmen, 50 Meter beliebig: 1. Diener (Halle) 46⅕ Sek. 2. Gebhardt (Böllberg) 53 Sek. 3. Breiting (Köthen) 55⅘ Sek.

Schülerschwimmen, 50 Meter beliebig: 1. Simon (Lindenthal) 44 Sek. 2. Henze (Aschersleben) 48⅕ Sek. 3. Kahlenberg (Aschersleben) 49⅕ Sek.

Männerrückenschwimmen: 1. Scherbarth (Plauen) 1,26⅘ Min. 2. Seibt (Görlitz) 1,31 Min. 3. Hinze (Dresden) 1,33 Min.

Brustschwimmen, 50 Meter, Vereine ohne Hallenbad: 1. Volkmann (Roßlau) 45⅗ Sek. 2. Bischoff (Hettstedt) 46⅘ Sek. 3. Winkler (Klein-Wittenberg) 51⅕ Sek.

Frauenstaffel, 3×50 Meter beliebig: 1. Aschersleben 2,49⅘ Min. 2. Halle 2,52 Min.

Dasselbe, weibliche Jugend: 1. Dessau 2,54⅕ Min. 2. Halle 2,56⅘ Min. 3. Aschersleben 3,2 Min.

Männerseiteschwimmen, 100 Meter: 1. Günther (Dresden) 1,21⅘ Min. 2. Richter (Dessau) 1,23⅕ Min. 3. Schmoll (Halle) 1,31⅗ Min.

Männerspringen: 1. Unger (Plauen) 43⅗ Punkte. 2. Billasch (Jena) 42⅘ P. 3. Seibt (Görlitz) 41 P.

Jugendspringen: 1. Wünsche (Dresden) 15⅘ Punkte. 2. Bude (Aschersleben) 15 Punkte. 3. Baasch (Halle) 14⅕ Punkte.

Jugendlagenstaffel, 4×100 Meter: 1. Leipzig 6,11 Min. 2. Zeitz 6,26⅗ Min. 3. Halle 6,27⅗ Min.

Weibliches Brustschwimmen, 14 bis 18 Jahre, 50 Meter: 1. Starke (Dessau) 59⅘ Sek. 2. Koch (Staßfurt) 1⅗ Min. 3. Piepunka (Klein-Wittenberg) 1⅘ Min.

Brustschwimmen, 50 Meter, Frauen: 1. Müller (Aschersleben) 47⅘ Sek. 2. Schulz (Halle) 57 Sek. 3. Müller (Zeitz) 57 Sek.

Jugendschwimmen, 100 Meter beliebig: 1. Brühe (Osterwieck) 1,23 Min. 2. Riedeweiser (Leipzig) 1,23 Min. 3. Wermann (Leipzig) 1,23 Min.

Vereinsmehrkampf: 1. Dresden 80 Punkte. 2. Görlitz 74 P. 3. Halle 64 P.

Wasserball-Resultate, Jugendklasse:

Halle 2. — Klein-Wittenberg 3:1
Dresden — Halle 3:2.
Lindenthal — Böllberg 5:1.
Leipzig — Aschersleben 3:0.
Berlin — Jena 3:2.
Osterwieck — Eisleben 5:1.

Männer, B-Klasse

Leipzig — Staßfurt 7:1.
Berlin — Halle 4:3.
Lindenthal — Eisleben 8:1.
Görlitz — Limbach 3:1.
Roßlau — Böllberg 2:0.

Männer, A-Klasse:

Dresden — Halle 6:2.
Plauen — Aschersleben 3:1.
Görlitz — Dessau 8:1.
Jena — Burg 2:0.
Merane — Zeitz 5:3.
Görlitz — Halle 8:0.
Halle Jugend — Berlin Jugend 6:2.

Außer diesem wurde noch ein Reigenschwimmen gezeigt, welches starken Beifall hervorrief. Auch bei den gezeigten Sprüngen wurde nicht mit Beifall gekargt.

Radio

Funkausstellung in Ammendorf

Eine Funkausstellung veranstaltete am Sonntag, dem 26. September, die Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands Ammendorf, die von ca. 800 Personen besucht war. Es muß von vornherein betont werden, daß die junge Ortsgruppe eine Glanzleistung vollbracht hatte. Funkfreund Stemmler eröffnete, nachdem die Begrüßung durch den Leipziger Sender erfolgt war, mit einer Ansprache die Ausstellung. Die Geräte, die gezeigt wurden, zeugten von einer großen Arbeitsfreudigkeit der Ammendorfer Funkfreunde. Auffallend war ganz besonders der Bastlertisch vom Funkfreund Teichmann, der mit allen Hilfsmitteln ausgestattet war. Auch das selbstgebaute Kanu des Funkfreundes Dochhorn mit seiner Radioanlage fand besondere Beachtung. Zwei große Apparate, gestellt von der Ortsgruppe Halle, sorgten für die musikalische Unterhaltung. An einem besonderen Stand konnten sich die Besucher von der guten und billigen Belieferung der ARK.-Mitglieder überzeugen. Am Abend hielt dann noch Funkfreund Stemmler einen Lichtbildervortrag über die Radiotechnik, an den sich noch ein Vortrag über die Bedeutung der Esperantosprache anschloß. Den Projektionsapparat stellte die Gemeinde Ammendorf freundlichst zur Verfügung. Die Veranstaltung schloß mit einem guten Erfolg.

Kegler

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle

Freitag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ erweiterte Vorstandssitzung, dazu sämtliche Klubvorstände. Desgleichen findet um 8 Uhr Sitzung der 1. und 2. Städtemannschaft im „Volkspark“ statt. Dazu haben zu erscheinen: Ertel, Artur Fahr, Krei, H. Fahr, Horny, Bornack, W. Hoffmann, Heuer, Wolther, Pohle, Alfred Hellmich, P. Spieß, K. Spieß, Bruno Hellmich, Prinz, Schaaf, Richter, Brückner, Franz Helmich, Lam, W. Lutze, Weilepp, Klaus, W. Schuster.

Sportsgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf“!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261004-14/fragment/page=0008